

*Thomas Riegler*

## VOM „GENDARMERIEKOMMANDO BAD VÖSLAU“ ZUR „COBRA“: DER AUFBAU DER ÖSTERREICHISCHEN ANTITERRORKRÄFTE



### Thomas Riegler

Dr. phil., freischaffender Historiker in Wien. Letzte Publikation: *Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985* (Wien 2010).

Kontakt: [rieglerthomas@hotmail.com](mailto:rieglerthomas@hotmail.com)

Summary:

### FROM THE "GENDARMERIEKOMMANDO BAD VÖSLAU" TO THE "COBRA": THE BUILD-UP OF AUSTRIA'S COUNTERTERRORISM FORCES

The present article explores the establishment of a crucial element of the Austrian security architecture: the counterterrorism unit "Einsatzkommando Cobra" (EKO-Cobra). Its formation was a direct consequence of Austria's confrontation with international terrorism. Founded in 1973, the outfit initially was solely responsible for the protection of Eastern European Jews emigrating to Israel via Austria. The left-wing terrorism orchestrated by the West German Red Army Faction (RAF) and resulting fears of a "spill-over" into Austria finally set the stage for an upgrade of the existing force into a fully operational counterterrorist unit in 1977/78. This article recounts this gradual expansion process on part of the security apparatus (1.) in close relation to the emerging terrorist threat during the 1970s, and (2.) by presenting primary sources from Austrian archives as well as personal testimony of key officials involved.

### EINLEITUNG

Das Aufkommen des internationalen Terrorismus<sup>1</sup> Ende der 1960er Jahre stellte die westlichen Staaten und Israel vor bis dahin ungekannte Herausforderungen im Sicherheitsbereich. Mit Anschlägen gegen die Zivilluftfahrt und Ziele in Westeuropa hatten arabische Gruppen den Nahostkonflikt bewusst „internationalisiert“. Auf diese Weise wollten sie mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen, aber auch Druck hinsichtlich einer politischen Anerkennung ausüben. Noch 1975 musste der *Spiegel* bilanzieren, dass bisher „kein Staat der Welt“ imstande gewesen wäre, „die Aktionen von Terroristen zu verhindern, nicht freiheitliche Demokratien und auch nicht repressive Polizeistaaten. [...] Und die Chronik der blutigen wie der glimpflichen Erupti-

onen terroristischer Gewalt [...] beweist allein die Ohnmacht der Sicherheitsorgane, ist die Geschichte ihrer vergeblichen Vorkehrungen, ihres Versagens, Unberechenbares zu kalkulieren.“<sup>2</sup>

Eine der wichtigsten Maßnahmen, die als Reaktion auf diese Defizite getroffen wurden, war die Aufstellung von hoch spezialisierten Antiterrorkräften: So wurde in der BRD am 26. September 1972 per Gesetzesinitiative die Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) geschaffen. In Holland entstand 1973 die Sondereinheit Bijzondere Bijstands Eenheid (BBE) und in Frankreich 1974 die Groupe d'intervention de la gendarmerie nationale (GIGN). Später folgten Dänemark (1975: Politiets Efterretningstjeneste, PET), Spanien (1978: Grupo Especial de Operaciones, GEO) und Italien (1978: Gruppo di Intervento Speciale, GIS sowie Nucleo Operativo Centrale di

Sicurezza, NOCS). Sowohl in Großbritannien (Special Air Service, SAS) als auch in Israel (Sayeret Matkal) übernahmen bestehende militärische Einheiten Anfang der 1970er Jahre noch zusätzlich Antiterroraufgaben.<sup>3</sup> In den USA sollte es bis 1977 dauern, ehe Oberst Charlie Beckwith die Genehmigung für die Aufstellung der Delta Force (1st Special Forces Operational Detachment-Delta) erhielt. In seinen Memoiren unterstrich Beckwith die Notwendigkeit des Einsatzes von Spezialisten gegen Terroristen: „Eine der Schwächen in anderen Organisationen ist, dass es sich um Teilzeitbeschäftigte in diesem Feld handelt. Halb-Profis oder talentierte Amateure, ganz gleich welche individuellen Fähigkeiten oder Potentiale sie aufweisen, sind keine Gegner für internationale Terroristen. Es braucht Vollzeit-Profis, die der Sache genauso viel Zeit widmen wie der Feind.“<sup>4</sup>



Einheitsabzeichen des Einsatzkommandos (EKO) Cobra. Quelle: Wikimedia Commons.

## DIE MÜNCHNER GEISELNAHME 1972 UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF ÖSTERREICH

Der österreichischen Öffentlichkeit wurde die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus erstmals durch den Anschlag bei den Olympischen Spielen in München bewusst. In den Morgenstunden des 5. September 1972 hatten palästinensische Terroristen

das Quartier der israelischen Mannschaft überfallen und elf Geiseln genommen. Zwei der Sportler wurden gleich ermordet. Alle neun weiteren Israelis starben noch am selben Abend, als ein Befreiungsversuch der bayerischen Polizei scheiterte (infolge des Versagens wurde rasch die GSG 9 gegründet). Die Konsequenzen des Münchner Dramas waren auch in Österreich spürbar: Gerüchte über vier eingereiste „schwerbewaffnete Araber“ machten die Runde – Terroranschläge gegen Pipelines, Raffinerien und Tanklager seien geplant.<sup>5</sup> Die *Wochenpresse* beschrieb die nervöse Stimmung, die sich breit machte: „Gegenwärtig sind in Österreich mehr als 500 schwerbewaffnete Polizisten zum Schutz der Adria-Wien-Pipeline abkommandiert. Israelische und arabische Vertretungen stehen unter Bewachung. Mehr als 2.000 Araber, die in Österreich leben, werden von der Staatspolizei überprüft.“<sup>6</sup> Die Anspannung, die zum Teil durch die emotionale Medienberichterstattung angeheizt worden war, machte sich auch in xenophoben Übergriffen Luft. Die *Kronen Zeitung* musste ihre Leser daran erinnern, „Menschlichkeit, Moral, Recht und Gesetz“ nicht zu vergessen: „Alle Araber und sogar andere Gäste in unserem Land, die man für Araber halten könnte, wurden beschimpft und bespuckt. Arabische Kolporteurs sind hasserfüllt von Autofahrern gerammt worden. [...] Von uns Österreichern sagt man, wir seien ein tolerantes, gemütliches und liebenswürdiges Volk. Die Art, wie sich einige von uns jetzt gegen die Araber verhalten, droht diese Beurteilung zu widerlegen.“<sup>7</sup> Als rund tausend *Kurier*-Leser brieflich und telefonisch verlangten, die arabischen Kolporteurs der Zeitung sollten „gefälligst verschwinden“<sup>8</sup>, stellte Kolumnist Hermann Stöger klar: „Man muss es heute ganz einfach sagen: Auch Araber sind Menschen.“<sup>9</sup>

## ÖSTERREICH ALS TRANSITLAND FÜR DIE JÜDISCHE EMIGRATION

Bereits wenige Monate nach dem Münchner Anschlag sollte Österreich selbst zum ersten Mal direktes Ziel des internationalen Terrorismus werden. Dieser Umstand hing vor allem mit der besonderen Rolle Österreichs als Transitland für die jüdische Emigration aus dem Ostblock nach Israel zusammen – deren zunehmende Gefährdung sollte sich als Initialzündung für die Schaffung der späteren „Cobra“ erweisen. Noch in den 1960er Jahren war jährlich lediglich einigen hundert Juden die Auswanderung aus der Sowjetunion gestattet worden. Ab 1968 – nachdem

die UdSSR die diplomatischen Beziehungen mit Israel abgebrochen hatte – stieg die Zahl massiv an. Nach sowjetischem Willen konnte die Emigration nicht direkt, sondern nur über das neutrale Österreich erfolgen.<sup>10</sup> Bis 1973 hatten insgesamt 164.638 Emigranten aus dem kommunistischen Osten – 72.078 aus der UdSSR, der Rest aus Polen, Rumänien und der CSSR – das Transitland passiert.<sup>11</sup> Die Ausreise erfolgte überwiegend per Bahn. Welche Prozedur dies für die teilweise hochbetagten Emigranten bedeutete, geht aus einem Informationsschreiben des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, Oswald Peterlunger<sup>12</sup>, hervor: „Die Fahrt nach Wien ab sowj.-polnischer Grenze beträgt 24 bis 37 Stunden. Auf der Fahrt darf der Zug nicht verlassen werden. Eine Verpflegung während der Fahrt gibt es nicht, sodaß die Emigranten, zum Teil ausgefroren, ausgehungert und schmutzig, todmüde in Wien ankommen.“<sup>13</sup> Auf dem Süd-Ostbahnhof wurden die Auswanderer dann „von jeweils 2 bis 5 Angestellten der ‚Jewish Agency for Israel‘ [offizielle Einwanderungsorganisation des Staates Israel] in Empfang genommen“, geht aus einem Dokument des Innenministeriums von 1972 hervor. „Anschließend“, so der Bericht, „wird auf dem Bahnhof ein Frühstück eingenommen. Die Auswandererpapiere werden gesammelt von einem Zollbeamten einem Kriminalbeamten der Abteilung I der BPD [Bundespolizeidirektion] Wien übergeben, wo sie listenmäßig erfasst werden. Die Auswanderer werden dann mit einem Autobus nach Schönau gebracht.“<sup>14</sup>

Das dortige Schloss, 30 Kilometer von Wien entfernt, war 1965 von der Jewish Agency als Transitlager angemietet worden. Der deutsche Journalist Erich Kuby beschrieb es 1973 wenig schmeichelhaft: „‚Schloß‘ muss man in Anführungszeichen setzen, denn es handelt sich nur um eine große Bruchbude in einem weiten, verwilderten Parkgelände. Früher muss es hier hübscher gewesen sein [...]“<sup>15</sup> In Schönau waren im Schlossgebäude, Blockhaus und Kastell Unterbringungsmöglichkeiten für 300 Personen vorhanden.<sup>16</sup> Die Emigranten wurden hier gesundheitlich untersucht und auf die neue Heimat vorbereitet. Wie Peterlunger festhielt, hatte die Jewish Agency „Millionen von Schilling“ investiert: „Bäder, Duschanlagen, Klosetts wurden in größerer Zahl investiert; 3 Küchen (1 Fleischküche, 1 koschere Küche und 1 Teeküche für die zahlreichen Kleinkinder). Ambulatorien, Zentralheizung, usw. Die Emigranten kommen ohne finanzielle Mittel, jedoch

oft mit umfangreichem Gepäck in Wien an, das im ehemaligen Pferdestall sortiert und für den Weitertransport per Schiff zusammengestellt wird [...]. Jede Person erhält ein Bett, das bei jedem Wechsel neu überzogen wird, auch dann, wenn die im Laufe des Tages eingetroffenen Emigranten gewöhnlich in der Nacht die Weiterreise antreten. [...] Es ist alles blitzsauber, ausgezeichnet organisiert und sehr gut eingerichtet.“<sup>17</sup>



Schloss Schönau auf einer Luftaufnahme von 1978. Quelle: EKO-Cobra.

Spätestens Anfang der 1970er Jahre wurde diese Durchgangsstation zu einem regelrechten Symbol für die jüdische Auswanderung an sich. Mehrere hochrangige israelische Politiker besuchten die Einrichtung, was mit großer Publizität verbunden war. Ab diesem Zeitpunkt, meinte Bundeskanzler Bruno Kreisky<sup>18</sup> rückblickend, habe er angefangen, „mir selbst und meinen Kollegen Gedanken zu machen, dass das Risiko für Schönau zu groß würde und dass wir etwas unternehmen müssten. Schönau war nur möglich, solange es eine diskrete Angelegenheit war. Als Frau Meir vor einiger Zeit ihren ersten Besuch (im Juni 1972) in Schönau machte, und dann auch der israelische Außenminister<sup>19</sup> (im März 1973), konnte davon nicht mehr die Rede sein“.<sup>20</sup> Auch der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Peterlunger, musste spätestens 1973 feststellen: „[...] Schönau wurde – ob man es nun wahrhaben will oder nicht – zu einem Nebenkriegsschauplatz der Palästinenser und Israelis. Das Sicherheitsrisiko bleibt und ist nach wie vor groß“.<sup>21</sup> Denn in der arabischen Welt, so Kreisky, wurde die Emigrationswelle gefürchtet und abgelehnt, „weil sie angeblich zwangsläufig die Expansion des Judenstaats mit sich bringt“.<sup>22</sup> Diese negative Wahrnehmung fiel auch auf Österreich zurück. Die arabischen Staaten, so der *Spiegel*, „hatten sich zwar damit abgefunden, daß die ihnen befreundete Sowjet-Union den Araber-Feind

Israel mit Menschen-Nachschub versorgt, nicht aber, daß Österreich die Auswanderer durchreisen läßt. ‚Hartnäckig wie Wanzen‘ (so ein Wiener Regierungsbeamter) klagen ihre Botschafter über die ‚unfreundliche Haltung‘ Wiens.<sup>423</sup>

Eine konkrete Bedrohung Schönaus durch den internationalen Terrorismus begann sich ab 1972 immer deutlicher heraus zu kristallisieren – allein zwischen 1970 und 1973 wurden insgesamt sieben Bombendrohungen, verdächtige Aktivitäten und Warnungen im Zusammenhang mit dem Transitlager registriert.<sup>24</sup> Dabei hatte es lange Zeit keinen speziellen Schutz gegeben, wie sich der damalige Rittmeister und spätere stellvertretende Kommandant des Gendarmerieeinsatzkommandos (GEK), Kurt Werle, im Interview mit dem Autor erinnert: ‚Zunächst hat man die Funkpatrouille von Baden in unregelmäßigen Abständen in Schönau vorbeigeschickt – mit dem Auftrag ein bisschen nachzuschauen. Dann hat man Beamte aus Niederösterreich zugeteilt. Die waren dann in Schönau mehr oder weniger stationiert und haben dort einen Patrouillendienst gemacht. Der Landesgendarmeriekommandant von Niederösterreich, Oberst Kurz, hat mich beauftragt, mir das vor Ort anzusehen. Wieder zurück, hat er mich um meine Meinung gefragt – ‚um es kurz zu machen, ich bin froh, das nicht verantworten zu müssen, weil ich darüber nicht schlafen könnte. Was dort geboten wird ist nichts anderes als eine Alibiaktion.‘ Dann hat man am Ostbahnhof zwei Araber angehalten und festgenommen. Bei denen hat man Aufzeichnungen über Schönau und die Sicherheitsvorkehrungen gefunden – wann findet der Patrouillendienst statt bzw. wann sieht man einen Gendarmen und wie oft in der Stunde. Da ist man dann hellhörig geworden.<sup>425</sup>

Am 4. Juni 1972 wurde erneut Alarm geschlagen: Eine Aktion der Japanischen Roten Armee, einer Terrorgruppe, die sich dem Kampf der Palästinenser verschrieben hatte, stünde unmittelbar bevor. Fünf Japaner seien bereits in Österreich, ‚mit dem Auftrag, ein Flugzeug mit jüdischen Auswanderern, aus der UdSSR, zu entführen und über dem Flughafen Lod (Tel Aviv) zur Explosion zu bringen. Der Auftrag wurde bisher nicht ausgeführt, weil die Gruppe keinen Transport eruieren konnte.<sup>426</sup> Diese Warnung war für die Verantwortlichen Anlass, ‚sofort‘ konkrete Schritte zu setzen. Nachdem ‚in nächster Zeit auch mit einer terroristischen Aktivität gegen israelische Emigrantentransporte gerechnet werden müsse‘, erging am 6. Juni 1972 folgende Anordnung zur

‚Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse‘: Die Überwachung des Bahnhofsbereichs bei Ankunft des ‚Chopin-Express‘<sup>427</sup> durch vier statt (bis dahin zwei) Kriminalbeamte, der schnelle Abtransport der Ankömmlinge unter Eskorte (das erwähnte Frühstück im Bahnhofrestaurant ließ man wegfallen) und die Sicherung der Transporte vom Südbahnhof nach Schönau bzw. von Schönau nach Schwechat, von wo aus die Einwanderer über Gate Nr. 10 ‚in einem verkürzten Verfahren‘ die El-Al-Maschinen nach Israel bestiegen. Nunmehr wurde angeregt, ‚dass die Einwanderer mit den Autobussen bis an das Flugzeug herangebracht werden‘. Außerdem wurde die Sicherheitsdirektion Niederösterreich angewiesen, ‚für eine verstärkte Überwachung des Schlosses [Schönau], das für die Unterbringung der jüdischen Einwanderer vorgesehen ist, Sorge zu tragen.<sup>428</sup> Kurze Zeit später wurde ‚nochmals in Erinnerung gebracht, dass allen Angehörigen arabischer Staaten vor, während und unmittelbar nach dem Eintreffen von Auswanderungstransporten erhöhtes Augenmerk zuzuwenden ist [...]‘.<sup>429</sup>

Der Zugang zum Schlossareal wurde vorher von einer privaten Wach- und Schließgesellschaft<sup>30</sup> sowie von ‚israelischen Studenten [...] denen als besondere ‚Garde‘ Hunde zugeteilt worden sind‘ bewacht.<sup>31</sup> Bei diesen ‚Studenten‘ dürfte es sich um Sicherheitsleute der Jewish Agency gehandelt haben, die auch bewaffnet waren.<sup>32</sup> Dass die Waffen auch außerhalb des Lagers getragen wurden, führte auf österreichischer Seite mitunter zu Irritationen. So wurden am 29. September 1973 vier Jewish Agency-Leuten, die am Bahnhof in Marchegg auf einen Einwandererzug gewartet hatten, drei Pistolen abgenommen: ‚Einer der Angehaltenen wies einen Waffenpass vor. Die beiden anderen hatten keinen Waffenpass, noch weniger Waffenscheine.<sup>433</sup> In den Medien kursierten überhaupt Gerüchte, wonach der Geheimdienst Mossad in Schönau präsent war – beispielsweise schrieb der *Spiegel* 1973 von einer ‚etwa 100köpfigen, illegal tätigen israelischen Spezialeinheit‘, die das Lager bewachen würde.<sup>34</sup> Kreisky jedenfalls soll über die Anwesenheit israelischer Sicherheitsorgane zunehmend erbost gewesen sein.<sup>35</sup> Noch in seinen Memoiren klagte er über die aus seiner Sicht anmassende Tätigkeit der Jewish Agency: ‚Ihre Vertreter traten immer anspruchsvoller auf, so als ob das Lager Schönau exterritorial wäre und die österreichischen Behörden hier nichts verloren hätten.<sup>436</sup>

Insofern diente die verstärkte Präsenz der Exekutive auch dazu, die Hoheitsrechte des österreichischen Staates zu untermauern. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang der spätere GEK-Befehlshaber Johannes Pechter, der 1972 stellvertretender Kommandant der Verkehrsabteilung des Landesgendarmeriekommandos Niederösterreich war. Am 6. Juni 1972 erhielt er den Auftrag, mit der Jewish Agency in Wien am Stubenring in Kontakt zu treten: „Dadurch eröffneten sich mir in weiterer Folge Kontakte zu Sicherheitsleuten der israelischen Botschaft, der El-Al sowie der Jewish Agency im Lager Schönau. Ab diesem Zeitpunkt habe ich mich intensiv mit dem Thema Terrorismus beschäftigt und Informationen eingeholt. Bei den Israelis gab es damals einen Major, einen gebürtigen Pressburger, der exzellentes Deutsch in Wiener Dialekt gesprochen hat. Der hat uns über die palästinensische Situation berichtet. Ein weiterer Ansprechpartner war ein Sicherheitsverantwortlicher bei der Jewish Agency. So haben wir Kenntnis über die Gefährlichkeit des palästinensischen Terrorismus bekommen.“<sup>37</sup> Bereits am 9. Juni 1972 übernahm die Gendarmerieverkehrsabteilung mit insgesamt sechs Beamten am Ostbahnhof den Schutz der ankommenden Emigranten und begleitete diese mit zwei Streifenwagen nach Schönau.<sup>38</sup> Als sich wenig später die Münchner Geiselnahme ereignete, standen die Beamten mit „schussbereiten Maschinenpistolen“ bereit, notierte die *Kronen Zeitung*. Nächstens war Schloss Schönau „gespenstisch“ von Scheinwerfern beleuchtet, während Gendarmen die Zufahrtswege kontrollierten.<sup>39</sup>

Für den Objektschutz wurde am 11. September 1972 ein ständiges „Wachkommando Schönau“ mit 26 Beamten unter der Leitung von Rittmeister Werle installiert. Bereits Anfang Oktober 1972 waren nur mehr acht Beamte im Einsatz; der Dienst wurde so verrichtet, „dass mindestens ein Beamter ständig im Schloßbereich im Außendienst und ein Beamter ständig im Wachlokal im Bereitschaftsdienst stand. In der Regel war aber nur ein Beamter im Außendienst“. War eine Bedrohungslage gegeben, wurde das Wachkommando kurzfristig aufgestockt – am 10. März 1973 wurde schließlich die personelle Stärke mit 49 Beamten insgesamt festgelegt.<sup>40</sup> Erst mit dem Einsetzen dieser „verstärkten Sicherung“ war laut dem Sicherheitsdirektor für Niederösterreich, Emil Schüller, „jenes Kräftepotential vorhanden, welches erwarten läßt, daß auch hinsichtlich des Lagers Schönau die Gewähr gegeben ist, daß es

potentiellen Angreifern nicht leicht möglich sein dürfte, einen allenfalls geplanten Terrorakt gegen die Lagerinsassen ausführen zu können“.<sup>41</sup> Wie real dieses Szenario tatsächlich war, hatte sich Anfang 1973 gezeigt: Unterstützt von einheimischen Rechtsradikalen hatte die Terrororganisation „Schwarzer September“<sup>42</sup> eine Geiselnahme in Schönau geplant. Die Operation scheiterte jedoch bereits im Vorbereitungsstadium: Zwei Teams, die über die Schweiz nach Wien reisten, wurden kurze Zeit später verhaftet – es hatte im Vorfeld konkrete Warnungen ausländischer Geheimdienste gegeben.<sup>43</sup>

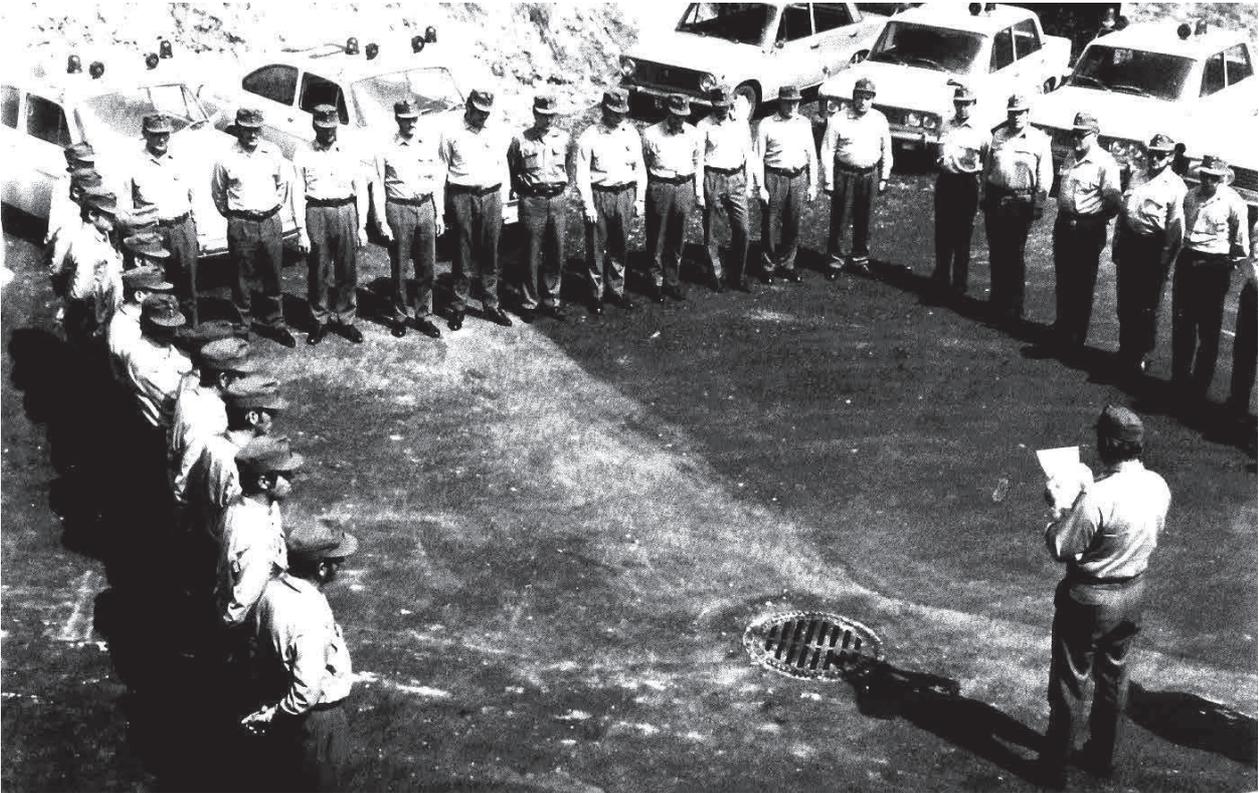
### 1973: DAS GENDARMERIEKOMMANDO BAD VÖSLAU WIRD GEBILDET

Der Personalaufwand für die Sicherung der „Juden Transporte“ und den Objektschutz in Schönau entwickelte sich zum internen Zankapfel im Sicherheitsapparat: Aus Sicht der niederösterreichischen Sicherheitsdirektion war die eigene Verkehrsabteilung „überbeansprucht“. Daher schlug man „u. a. den Einsatz von 100 Gendarmeriebeamten im Wechseldienst sowie die Beistellung der erforderlichen Funkwagen und sonstigen Ausrüstungsgegenstände vor“. Für den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Peterlunger, wiederum war dieses Ansinnen „undurchführbar“ – ein zu errichtendes Sonderkommando dürfe „keinesfalls mehr als 80 Beamte umfassen“. Angesichts des „bevorstehenden Sommerreiseverkehrs“ wäre es „nicht möglich“, Kräfte aus anderen Bundesländern abzuziehen.<sup>44</sup> Von Pechter kam der Vorschlag, „die Beamten, die den Objektschutz und jene, die den Transportschutz machten, unter ein einheitliches Kommando zusammenzulegen“.<sup>45</sup> Werle, der Kommandant des „Wachkommandos“, war zunächst „skeptisch“, meinte aber: „Probieren wir es.“<sup>46</sup>

So entstand in weiterer Folge am 1. Mai 1973 das „Gendarmeriekommando Bad Vöslau“ (GK Bad Vöslau). Gemäß Erlass der Sicherheitsdirektion Niederösterreich, Zahl 4222, wurde es in der Stärke von „2 leitenden Beamten, 18 dienstführenden Beamten, 54 eingeteilten Beamten und 6 Diensthundeführern mit Diensthund – 80 Beamte insgesamt – aktiviert“. Im Regelfall wurde das Schlossgelände täglich von 12 Beamten gesichert. Bei „gesteigerter Gefährlichkeit“ wurde die doppelte Anzahl eingesetzt. Zusätzlich zum Objektschutz übernahm die Einheit die Sicherung der Transporte vom Ostbahnhof-Wien nach Schönau,

von dort nach Schwechat und von Schwechat nach Schönau. Darüber hinaus war das GK Bad Vöslau für Schutzmaßnahmen bei Landung von El-Al Flugzeugen sowie für den Passkontrolldienst vor Abreise der Emigranten zuständig.<sup>47</sup> Zwecks Unterbringung stellte die Jewish Agency ein Objekt aus dem Besitz der Israelitischen Kultusgemeinde in der Mühlgasse Nr. 8-10 in Bad Vöslau zur Verfügung, das 6 Kilo-

meter von Schloss Schönau entfernt war. Auch für die Verpflegung inklusive Küche und Personal kam die Jewish Agency auf. Die Unterkunft platzte bald aus allen Nähten: „Ein (!) großer Kanzleiraum, Stockbetten auf engstem Raum, die Waffen am Gang gelagert, das waren Zustände, wie man sie sich heute gar nicht vorstellen kann.“<sup>48</sup>



Die Männer des Gendarmeriekommandos (GK) Bad Vöslau treten am 1. Mai 1973 im Hinterhof der Mühlgasse 8-10 an.  
Quelle: Johannes Pechter.

Obleich schon zu diesem Zeitpunkt viel von dem geleistet wurde, was zum Aufgabengebiet einer Antiterrorereinheit gehört,<sup>49</sup> war das GK Bad Vöslau noch alles andere als eine hochtrainierte Truppe. Eine Sonderausbildung sei zum damaligen Zeitpunkt aber noch nicht notwendig gewesen, unterstreicht Werle: „Die Aufgaben waren damals klar abgegrenzt. Wir waren für nichts anderes zuständig, als für den Begleitschutz und die Sicherheit des Objekts. Das einzige, was die Leute machen mussten, war eine fundierte Schießausbildung. Kam es beim Begleitschutz irgendwo zu Stehzeiten – etwa an Bahnübergängen – dann ist man ausgestiegen und hat eine entsprechende Sicherung vorgenommen. Diese grundlegenden Dinge haben wir schon gemacht, aber eine umfassende Ausbildung hat es nicht gegeben – nur normales Konditionstraining, nichts Aufwendiges.“<sup>50</sup> Im Einsatz waren Freiwillige aus dem gesamten Bundesgebiet, die für drei Monate zugeteilt werden durften (oder einer Verlängerung

selbst zustimmten). Es waren „ganz normale“ Gendarmeriebeamte: „Wer uns geschickt wurde, den haben wir auch entsprechend eingesetzt“, betont Pechter.<sup>51</sup> Zumindest wurde es als „zweckmäßig“ erachtet, „für diesen Dienst nur bewährte, körperlich fitte und außendiensttaugliche Beamte mit einem Höchstalter von 40 Jahren [...] zuzuteilen“.<sup>52</sup> Für Werle bestand das „einzige Minus“ darin, „dass das Kommando immer nur auf einen Monat fixiert und dann wieder verlängert worden ist. Es war also mehr oder weniger ein Provisorium. Wir haben aber gesagt: ‚Provisorien halten sich in Österreich am längsten, also wird das wahrscheinlich eine Dauereinrichtung werden‘ – ist es auch geworden, mit verschiedenen Unterbrechungen.“<sup>53</sup>

Rein optisch unterschieden sich die Angehörigen des GK Bad Vöslau, im Volksmund „Judengendarmen“<sup>54</sup> genannt, von herkömmlichen Gendarmeriebeamten: Anstatt der mausgrauen Uniform trugen sie

die Alpinausrüstung der Gendarmerie – graue Hose, den grauen Ski-Pullover mit Anorak sowie gelegentlich US-amerikanische Stahlhelme.<sup>55</sup> Ab Mai 1977 wurden sie mit der grünen Mehrzweckuniform des Bundesheers, halbhohen Schnürstiefeln und weinroten

Baretten ausgestattet. Lediglich der gelbe Schriftzug „Gendarmerie“ über der linken Brusttasche sowie das Korpsabzeichen – eine brennende Granate – auf dem linken Ärmel verhinderten eine Verwechslung mit Armeeingehörigen.<sup>56</sup>

**Rathaus Völkermarkt: Kniff Versicherung?**

VÖLKERMARKT (opa). Mehr als 8 Millionen Schilling wird der Wiederaufbau des durch ein Sprengstoffattentat teilweise zerstörten Völkermarkter Rathauses kosten. 3,5 Millionen Schilling davon soll die Versicherung tragen, die Versicherer wollen jedoch nur ein Drittel der verlangten Entschädigung zahlen.

Die Versicherungs-experten erkennen nämlich nur eine Spportentgelt Zerstörung des Rathauses, die Gemeindeväter stellten ihrerseits aber eine 30prozentige Verw-

stung fest. Trotz einer Unterversicherung wollen sie die Entschädigung nun auf dem Kulanzweg erhalten. Wenn nicht, soll geklagt werden.

**AZ**  
Tagblatt für Österreich

Sonntag, 21. Oktober 1979 O Nummer 290

**Arbeiter-Zeitung** Schilling 5  
GEGRÜNDET 1889  
Lire 600, Din. 12, DM 0,80  
Tel. 55 56 16 — P. k. b.

ARCHIVEXEMPLAR

**GAK schockt die Favoriten**  
Nur Rapid ein Lichtblick

WIEN, GRAZ, LINZ (AZ). Eine so spannende Fußballmeisterschaft der Ersten Division hat es schon lange nicht mehr gegeben: Der Außenseiter GAK, im Frühjahr noch ein Abstiegskandidat, führt nach dem 1:0 im Gräser Derby gegen Sturm nun schon mit drei Punkten vor dem Meister Austria und dem LASK, der die Violetten nun zweifeln innerhalb von acht Tagen, diesmal mit 3:2, besiegt.

Bleibt als einziger che nahm und auf den Lichtblick aus Wiener vierten Platz vorrückte. Sieht die junge Rapidelf, im vierten Samstagspiel die gegen den Favorit bezwang Admira/Wacker VOEST mit 2:0. Itevan- Vienna 3:0.

# „Terrorüberfall“ im Zug: Cobra bewies Schlagkraft

## AZ bei Nachtübung der Gendarmerieeinsatztruppe bei Leobersdorf

WIEN, LEOBERSDORF (AZ). „Freitag, kurz nach 16.40 Uhr, wurde in einem Personenzug, der aus Wien-Stid kam und den Bahnhof Leobersdorf gerade verlassen hatte, die Notbremse gezogen. Ein Streckenwärter, der losgeschickt wurde, um Nachschau zu halten, kam mit einem Brief, der an die österreichische Bundesregierung gerichtet war, zurück...“ So lautete die Basisinformation für eine Übung, die der 1. Einsatzzug des Gendarmerieeinsatzkommandos, kurz „Cobra“ genannt, Freitag nacht vor Journalisten absolvierte — und dabei unter Beweis stellte, daß es um die Schlagkraft „Cobras“ bestens bestellt ist.



„Cobra“-Überraschungsangriff: Binnen Sekunden waren die „Geiseln“ im Städtesschnellzug befreit

Erstmal dürften Vertreter der Medien an einer derartigen Probe des Einsatzes der „Cobra“ teilhaben. Die kesselpolnische Sondertruppe zur Terroristenbekämpfung — zum „Alarm“ an bis zu dessen Ende, das die Journalisten selbst als „Geiseln“, nämlich als Passagiere eines von zwei „Terroristen“ überfallenen Zuges erleben, teilnehmen.

Bei der Übung — die seit dem Zugüberfall einer Gruppe von Südmilitären in Holland als realistisch gewertet wird — wurde davon ausgegangen, daß die Forderungen der „Terroristen“ an die Bundesregierung so unerfüllbar waren, daß Verhandlungen scheiterten. Noch vor dem Ablauf des gesetzten Ultimatums, Freitag um 23 Uhr, mußte „Cobra“ stürmen... (Siehe Bericht auf Seite 5)

**Heute Wahlpflicht für 175.000 Vorarlberger**

WIEN (AZ). Für die 175.000 Vorarlberger, die heute Sonntag beachtet sind, den neuen Landtag zu wählen, besteht Wahlpflicht. Um ihre Stimmen bewerben sich vier Parteien: Die ÖVP, die derzeit mit 22 Sitzen im Landtag vertreten ist; die SPÖ, mit 10 Landtagsitzen, die bekanntlich nach dem Landtagswahl 1974 in die Opposition ging, weil der ÖVP der von der SPÖ nominierte Landesrat Winder nicht genügen war; die FPÖ, vier Landtagsitze, und die FPÖ, vier ÖVP, SPÖ und FPÖ haben jeweils dashalten ihres derzeitigen Mandatsstandes zum Wahlziel erklärt. Bei den Landtagswahlen 1974 erhielt die ÖVP 58,9 Prozent der Wahlstimmen, die SPÖ 27,6 Prozent und die FPÖ 13,5 Prozent. Mitgeprägt wurde der Wahlkampf von der Bürgerbewegung „Pro-Vorarlberg“, die von der Vorarlberger SPÖ abgelehnt, von ÖVP- und FPÖ aber unterstützt wurde. Wahlstichwort ist in Vorarlberg um 17 Uhr.

# Nach Diskussion – Einheit wahren

## Kreisky begrüßt Wiederwahl Sebastians zum Obmann der steirischen SP

GRAZ (AZ). Meinungsverschiedenheiten in einer Partei in Personen- oder Sachfragen sind ein Zeichen für die Bereitschaft, etwas in Frage zu stellen, hundertmal besser als eine als Übereinstimmung deklarierte Gleichgültigkeit, kommentierte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Kreisky Samstag beim Parteitag der steirischen SPÖ in Graz die dort vor der Wahl des neuen Vorstands geführte Personaldiskussion. Aber, so Kreisky, wenn eine Entscheidung gefaßt ist, muß sie für alle gelten. Der Parteitag hatte, wie in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe bereits berichtet, den bisherigen Obmann Sebastians und alle anderen Kandidaten für die Parteiververtretung wiedergewählt, allerdings zum Teil mit beträchtlichen Stimmungen.

Die meisten Stimmungen, 194 bei 458 abgegebenen Stimmen, waren auf Landerrat Bannmer entfallen, dem in der Debatte vorgeworfen worden war, mit der

oder Nationalratsmandats unter-sagt, lehnte der Parteitag mehrheitlich ab.

**SEBASTIAN WIRD WECHSEL VORBEREITEN**

Kreisky gab der Überzeugung Ausdruck, daß Landesobmann Sebastians den notwendig gewordenen personellen Wechsel in den nächsten zwei Jahren mit demselben Verantwortungsbewußtsein durchführen werde, das er während seiner ganzen bisherigen Parteitätigkeit bewiesen hat.

**Prinzip „hire and fire“ wird abgelehnt**

Im Hauptteil seines Referats ging Kreisky auf die Wirtschaftspolitik seiner Regierung ein, wobei er besonders die steirischen Probleme aufgriff. „Hätten wir nach dem kapitalistischen Grundsatz »hire and fire« (nach Bedarf aufnehmen und entlassen, AZ) gehandelt, gäbe es heute in der Steiermark Zechnausende Arbeitslose“, sagte der Bundeskanzler.

Die Opposition habe sich noch nicht von ihrer gemeinsamen Wahlbedeutung erholt, sagte Kreisky, als er die Rolle von ÖVP und FPÖ beleuchtete. Dies sei für die SPÖ aber kein Anlaß zu Übermut, sondern man werde weiter nach Zusammenarbeit suchen. Der geeignete Platz dafür sei das Parlament.

### man spricht davon

Manchmal würde man die Leidenschaft, mit der Personenprobleme ausgefochten werden, der Behandlung wichtiger Sachfragen wünschen. Aber abgesehen davon, daß offenbar für die Mehrzahl der Menschen der konkrete Mensch das Maßgebende ist (ein gar nicht so schlechter Zug), freilich auch abgesehen davon, daß sich mit solchen konkreten Besetzungen mitunter auch sehr konkrete Interessen verbinden (ein viel weniger sympathischer Zug) — für eine politische Bewegung ist es selbstverständlich bedeutsam, wenn sie an ihre Spitze wählt. Darum ist es kein Schaden, wenn die Personenfrage auf dem Parteitag der steirischen SP mit solcher Offenheit diskutiert wird.

### Personenfragen

tiert wurde. Bedenklicher waren da schon die Vorzüge, die sich in den Monaten zuvor abspielten, als es einzelne Funktionen offenbar für eine besonders kluge Politik hielten, die Frage der Nachfolge für den verdienten steirischen SP-Obmann Sebastians in Betracht zu behandeln, die der SP fernstehen. Abgesehen davon, daß darin der Versuch unternommen werden muß, Entscheidungen außerhalb der dafür zuständigen Gremien zu beeinflussen, muß ein solches Verhalten bei vielen Mitgliedern das Gefühl aufkommen lassen, sie müßten sich über parteinterne Vorgänge in gemäßigter Medien informieren — ein Krebschaden für die lokale sozialdemokratische Presse. Glücklicherweise wird dies, wie sich am Parteitag in Graz zeigte, von vielen nicht postiert.

Die Gegner freilich, die vom „Bruch“ jubelten, der offen zugegeben sei, kennen Österreichs Sozialisten noch immer nicht: Nach der, auch hart geführten, Diskussion gilt die Mehrheitsentscheidung für alle. In der Steiermark wird das nicht anders sein.

Manfred Scheuch

### 1357 Spanierinnen: Ich habe abgetrieben

MADRID (opa). Bisher haben 1357 von Film, Theater, Kunst und Politik bekannte Spanierinnen mit ihren Unterschriften bekannt: „Ich habe abgetrieben.“ Die Unterschriftenaktion, über die die unabhängige Zeitung „El País“ Samstag ausführlich berichtete, wurde vom Dachverband spanischer Feministinnen in Barcelona organisiert.

**Schwebt**

1-207-107

**BAWAG INFORMATIONS DIENST** Gehaltskonto • Hilft Zeit sparen • Überall Bargeld mit Scheck und Scheckkarte **BAWAG**  
BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Die Medien waren bereits kurz nach der Gründung auf das GK Bad Vöslau aufmerksam geworden und bedachten die Truppe mit martialischen Spitznamen. So ließ sich der Redakteur der *Kronen Zeitung*, Hans Peter Hasenöhr, Anfang Juni 1973 bei einer Artikelüberschrift vom deutschen Titel einer populären US-amerikanischen Krimiserie inspirieren: „Kobra übernehmen Sie“ (Originaltitel: „Mission: Impossible“). Die Leute von der „Kobra“, schrieb Hasenöhr gemünzt auf das GK Bad Vöslau, seien „Tag und Nacht unterwegs. Auf Knopfdruck sind die Mannschaften dort, wo sie benötigt werden. Das Wichtigste: Das Sonderkommando soll abschreckende Wirkung haben, damit ein Angriff der Terroristen von vornherein unterbleibt.“<sup>57</sup> Dazu erinnerte sich Pechter im Interview mit dem Verfasser: „Als am 1. Mai 1973 das Kommando in Bad Vöslau aktiviert wurde, habe ich den Funkrufnamen ‚Skorpion‘ festgelegt. Hasenöhr, der mich aus meiner Zeit bei der Verkehrsabteilung als Ansprechpartner kannte, hat festgestellt, dass wir in Vöslau sind. Er wollte dann schreiben, ‚Skorpion ist im Einsatz‘. Ich habe ihn gebeten, das wegzulassen, weil es Schwierigkeiten bringen könnte. ‚Dann schreibe ich ‚Kobra‘ hat Hasenöhr gemeint – und so hat er die spätere offizielle Bezeichnung geprägt. In den Medien war auch öfters von ‚Skorpion‘ die Rede – der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit hat daraufhin gemeint, man sollte einen anderen Funkrufnamen verwenden – dieser wurde auf ‚Tannberg‘ korrigiert.“<sup>58</sup>

Die Sicherheitsmaßnahmen durch das GK Bad Vöslau wurden überwiegend positiv bewertet. „Nicht einmal die Nationalbank dürfte so streng bewacht sein wie das Emigrantenlager in Schönau“, meinte der *Kurier* im Herbst 1973.<sup>59</sup> In ihren Memoiren lobte selbst die israelische Premierministerin Golda Meir die Anstrengungen der österreichischen Behörden als „ausgezeichnet“.<sup>60</sup> Wie notwendig die Sicherheitsvorkehrungen waren, zeigt sich anhand von bislang unveröffentlichten Terrorwarnungen und Geheimdienstinformationen zu Anschlagsvorbereitungen.<sup>61</sup> So schlug am 4. September 1973 die österreichische Botschaft in Beirut Alarm: Vier „vermutlich syrische Staatsbürger“ seien auf dem Weg nach Algier, und von dort aus am 6. September 1973 weiter nach Wien, „um Attentat ‚Zentrum jüdischer Sammellager in Österreich‘ durchzuführen. [...] Zeitpunkt des Attentats 10.d.M. oder 11.d.M. zwischen [...] 11 und 15 Uhr Wiener Ortszeit.“<sup>62</sup> Daraufhin wurden unter anderem die Grenzkontrollstellen sofort angewiesen, die namentlich genannten Araber bei der Einreise in

Schubhaft zu nehmen.<sup>63</sup> Seitens der Bundespolizeidirektion Wien wurde verfügt, zwei Sonderfunkwagen „mit der entsprechenden Besatzung, ausgerüstet mit MP, schusssicherer Bekleidung und Tränengasmitteln“ sechs Tage lang bereit zu halten.<sup>64</sup> Gar nicht erst zur Kenntnis gebracht worden sein dürfte den österreichischen Behörden ein Vorfall in der DDR: Am 20. September 1973 wurden auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld zwei Palästinenser festgenommen, die in ihrem Handgepäck eine Armeepistole und Handgranaten mitgeführt hatten. Die beiden gaben an, Mitglieder des „Schwarzen September“ zu sein. Abu Jihad (eigentlich Chalil al-Wasir, ein Stellvertreter von PLO-Chef Jassir Arafat) habe sie beauftragt, einen Auswandererzug zu überfallen, „etwa 10“ Geiseln zu nehmen und anschließend das Ausfliegen in ein arabisches Land zu erpressen.<sup>65</sup>

Es gab jedoch eine Lücke im Sicherheitskonzept, gegen die man keine Handhabe hatte<sup>66</sup>: Am 28. September 1973 stiegen zwei Angehörige der obskuren Organisation „Adler der palästinensischen Revolution“ einfach auf tschechoslowakischer Seite dem Zug Nr. 2590 zu und nahmen drei russische Juden sowie einen österreichischen Zöllner als Geiseln. Nach stundenlangen Verhandlungen entschied die Bundesregierung, nachzugeben. Das Durchgangslager für russische Juden in Schönau wurde geschlossen. Im Gegenzug wurden die Geiseln freigelassen und die beiden Terroristen konnten unter freiem Geleit abfliegen. Die Einsatzkräfte des GK Bad Vöslau waren nach der Geiselnahme rasch vor Ort gewesen und verfolgten die Terroristen bis zum Flughafen Schwechat. „Dort hat die örtlich zuständige Polizei die Sicherung übernommen. Wir haben Kräfte abgezogen und nach Schönau verlegt, um Vorsorge zu treffen, dass dort nichts passiert. Zu keinem Zeitpunkt hat man eine gewaltsame Befreiung der Geiseln erwogen“, stellt dazu Johannes Pechter fest.<sup>67</sup> Wie der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Peterlunger, betonte, war man die Geiselkrise lieber mit „österreichischem Charme und Vernunft“ angegangen. Aus einem diesbezüglichen Bericht Schweizer Polizeibehörden geht hervor, dass man zwar „für alle Fälle“ Scharfschützen der Polizei und des Bundesheeres aufstellte, die Anwendung von Gewalt aber praktisch von vornherein ausgeschlossen war: Zu groß war die Angst vor einem neuerlichen Blutbad wie bei der gescheiterten Geiselbefreiung nach dem Olympiaanschlag 1972: „Nicht wie München‘ war eine wichtige, klar ausgesprochene Komponente des österreichischen Handelns.“<sup>68</sup>

Doppelmörder gesteht: Ich habe meinen Sohn umgebracht, damit er mich nicht verrät / Seite 7

Arbeiter-Zeitung

GEGRÜNDET 1889

S 3.- / Lire 200 / Din 6.-



mit AZ-Journal

o Nr. 225 P. b. b  
WIEN, SAMSTAG  
29. SEPTEMBER 1973

# Emigrantenzug in Marchegg überfallen Terroristen mit 4 Geiseln zum Flughafen

WIEN (AZ). Am jüdischen Neujahrstag geschah, was israelische Zeitungen schon lange befürchtet hatten: Zwei Araber überfielen in Marchegg den Zug mit jüdischen Emigranten aus der Sowjetunion, entführten drei Emigranten und einen österreichischen Zöllner und brachten sie zum Wiener Flughafen. Der Alarmplan für diesen Fall war vorgesehen, wie Innenminister Risch versicherte, und er funktionierte auch. Schwachat wurde hermetisch abgeriegelt, von bewaffneten Exekutivbeamten umstellt, Sicherheitsdirektor Dr. Peterlunger verhandelte mit den Entführern. Sie verlangten ein Flugzeug, um die jüdischen Geiseln außer Landes zu bringen. Keine Fluggesellschaft wäre aber bereit gewesen, eines zur Verfügung zu stellen, selbst wenn die österreichischen Behörden darauf eingegangen wären. Bei Blattschluß hatten die Terroristen ein Ultimatum bis 19 Uhr gestellt. Im Innenministerium war der Krisenrat zusammengekommen, Bundespräsident Jonas und Bundeskanzler Kreisky wurden laufend über den Stand der Dinge informiert. Kurz vor Redaktionsschluß wurde ein konkretes Angebot der österreichischen Behörden an die Araber bekannt. Den Terroristen wird um 19 Uhr ein Flugzeug zur Verfügung gestellt, unter einer Bedingung: Alle Geiseln werden freigelassen.

Die Verschiedenheit der Schreibweise könnte von der Transkription aus dem Arabischen herrühren, das bekanntlich nur Konsonanten und keine Vokale schreibt. Der zweite Terrorist soll Mustafa Souaidan heißen. Man weiß ihre Namen, weil ihr Gepäck und ihre Pässe in dem Zug blieben, den sie Freitag um 11.47 Uhr im Grenzbahnhof Marchegg überfielen. Bei Blattschluß verhandelten die Terroristen, in einem bahneigenen



Mit der Pistole im Rücken der weinenden Geisel verhandelte die Terroristen im Flughafen Schwachat mit der Polizei

## Oberster Grundsatz: Alle Leben schonen

Im Innenministerium beim Krisenstab stand ein Grundsatz fest: Blutvergießen ist unbedingt zu vermeiden, und zwar bei Geiseln und bei Entführern. Die Bereitstellung eines Flugzeuges, damit die Terroristen die jüdischen Geiseln außer Landes bringen könnten, käme aber in keinem Fall in Frage. Der Flugplatz gleich von dem Zeitpunkt an, da die Terroristen, von Marchegg kommend, dort eingetroffen waren, einer Geiselnrettung. Blitzschnell war der ganze Flugplatz abgeriegelt, zum größten Teil geräumt

worden. Kurze Zeit später standen nur noch eine Maschine der Iberia und eine der AUA auf dem Rollfeld, beide DC 8.

Alle Banken, alle Geschäfte schlossen, und nur noch die Informationsstelle des Flugplatzes hielt offen, um die ratlosen Passagiere anzuweisen, den Flughafen zu verlassen, der für den Flugbetrieb vorerst gesperrt bleibe — man machte sich sowohl im Flughafen als auch im Innenministerium auf eine lange Nacht gefaßt.

FORTSETZUNG SEITEN 2 UND 3

## „CSSR schuf Atmosphäre der Kälte“

Kirchschläger vor dem Europarat: Prag gefährdet die Bemühungen um Entspannung

AZ-REDAKTEUR WALTER KRATZER BERICHTET AUS STRASSBURG

STRASSBURG (AZ). Eindeutig und in nie zuvor so betonter Klarheit und Härte wandte sich Außenminister Kirchschläger — ebenso aus New York nach Strassburg gereist — Freitag mittag vor der Beratenden Versammlung des Europarates gegen das Verhalten der CSSR im Zusammenhang mit den Zwischenfällen an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze. „Solange ein Staat“, sagte Kirchschläger, „in dem gesamten Europa von heute in allem, was an ihn von außen herankommt, schon im vorläufigen des Feind steht und an alles, was von außen kommt, mit einem denkbaren Maximum an abschreckender Gewalt herantritt, so lange wird es, auch wenn noch so viele andere Staaten dies wollen, keine wirkliche Entspannung geben können.“

Kirchschläger — „wir brauchen, sollen alle Hoffnungen auf den Entspannungsvorgang nicht heute Nacht absterben, eine auf die Entspannung hin ausgerichtete Gestimmtheit“ — stellte mit Nachdruck fest, er kenne keinen Fall in Europa, aber auch keinen in anderen Kontinenten, „es sei denn, in Kriegs- oder Krisengebieten, in welchen innerhalb von fünf Wochen ein kleines Streitflug-



Die CSSR schafft ein Klima der Kälte: Kirchschläger in Strassburg

zeug und ein Streitflugzeug mit Hilfsmotor dafür zum Absturz ge-

bracht wurden, weil sie sich im Grenzverlauf geirrt haben.“

### KEIN FAUSTRECHT

Der österreichische Außenminister betonte, er stelle selbstverständlich fest, daß, wer unerlaubt eine fremde Grenze auf dem Boden oder in der Luft überschreitet, objektiv einen Unrechtsaktbestand setzt. Aber — so Kirchschläger — „seit wir aus der Zeit des unbeschränkten Faustrechtes in eine Zeit eines dem jeweiligen Verschulden angemessenen Strafrechtes gekommen sind, und das ist schon sehr lange, können und anerkennen wir im nationalen und im internationalen Bereich den Grundsatz der Angemessenheit für die Abwehr eines Unrechtsaktbestandes.“ Und Kirchschläger setzte mit Nachdruck fort: „Vier Tote innerhalb von fünf Wochen stehen bei unserer Einschätzung des menschlichen Lebens in keinem Verhältnis zu der objektiven Fahrlässigkeit der beiden Piloten.“

### PRAGER AFRONT

Der österreichische Außenminister kam aber auch auf die durch die CSSR-Behörden zurückgewiesenen Protestnote Österreichs zu sprechen.

## FREIE ARBEITSPLÄTZE IN WIEN

Eine Auswahl offener Stellen bietet der Arbeitsmarktanzeiger des Landesamtes Wien.  
Kostenlose Zusendung. Rufen Sie 52 75 25, Klappe 205.

Titelseite der Arbeiterzeitung vom 29. September 1973. Quelle: www.arbeiter-zeitung.at.

Obleich Bundeskanzler Kreisky für sein Krisenmanagement vor allem viel internationale Kritik einstecken musste, war die Schließung Schönaus eine rein vordergründige Maßnahme: „Mir kam es vor allem darauf an, dass keine Menschenleben geopfert wurden und die von den Terroristen aus dem Zug gekidnappten Personen die Freiheit wiedererlangten. Da ich den Terroristen lediglich die Auflösung des Transitlagers versprach, die ich ohnehin ins Auge gefasst hatte, habe ich mich also weder erpressen

lassen, noch habe ich sie getäuscht.“<sup>69</sup> Der Transit ging ungebrochen weiter und erreichte erst nach dem Anschlag seinen Höhepunkt: Zwischen 1968 und 1986 passierten insgesamt 270.000 osteuropäische Juden Österreich.<sup>70</sup> Der israelische Historiker Tom Segev vermerkt dazu anerkennend: „[...] es dürfte kaum einen wichtigeren Beitrag zur Förderung der zionistischen Bemühungen gegeben haben als diesen.“<sup>71</sup> Die Emigration war auch ohne das Durchgangslager zu organisieren, wie Innenminister Otto

Rösch damals gegenüber dem *Stern* versicherte: „Es ist viel weniger eine praktische Notwendigkeit als ein Symbol. Ein Symbol für die Araber und deshalb ein enormes, nicht mehr erträgliches Sicherheitsrisiko in seiner derzeitigen Organisation, wo wir allein die Verantwortung haben; ein Symbol auch für die Israelis. Aber ein Symbol ist es nicht wert, den Terror herauszufordern.“<sup>72</sup> Der damalige Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Robert Danzinger<sup>73</sup>, erläuterte 1976 im Rahmen einer Besprechung mit einem ägyptischen Sicherheitsoffizier die neuen Modalitäten: „Die Betreuung der Emigranten werde [...] weder von staatlichen österreichischen Stellen, noch von irgendwelchen israelischen Institutionen, sondern ausschließlich von Vertretern des Österreichischen Roten Kreuzes durchgeführt. Es seien des weiteren Vorkehrungen dafür getroffen worden, dass sich die Emigranten äußerst kurzfristig in Österreich aufhalten und in der Regel die Weiterreise innerhalb von Stunden nach Einreise in das österreichische Hoheitsgebiet erfolge.“<sup>74</sup>



Ehrenformation des Gendarmerieeinsatzkommandos in Schönau 1978. Quelle: EKO-Cobra.

Das Durchgangslager Schönau wurde am 13. Dezember 1973 geschlossen und zunächst in das Rot-Kreuz-Lager in der Bundesheerkaserne Wöllersdorf südlich von Wien verlegt. Am 1. September 1974 erfolgte ein neuerlicher Ortswechsel und zwar nach Kaiserebersdorf. Beamte der Bundespolizeidirektion Wien übernahmen den Objektschutz, die Sicherung der Transporte vom Wiener Ostbahnhof nach Kaiserebersdorf und von dort zum Flughafen Schwechat (inklusive des Schutzes der Abflüge nach Israel).<sup>75</sup> Das bis dahin allein zuständige GK Bad Vöslau hatte mit der Streckensicherung von Hohenau bzw. von Marchegg nach Wien ohnehin alle Hände voll zu tun, wie Pechter betont: „Dreimal pro Tag mussten wir Beamte zur Zugsicherung schicken, jeweils nach Marchegg und Hohenau. Um fünf Uhr früh ist der Chopin-Express in Hohenau angekommen. Zwei

Beamte sind nach Bernhardsthal hinaufgefahren, unmittelbar an der tschechischen Grenze und haben darauf gewartet, dass der Zug einfährt. Dann haben sie sichergestellt, dass nicht noch jemand einsteigt. Die anderen waren am Bahnhof Hohenau postiert und sind dann zugestiegen. Dasselbe galt für die Züge, die zu Mittag und abends in Marchegg ankamen. In den Wagons, in denen die Emigranten waren, sind dann vorne und hinten Beamte mit Maschinenpistolen gestanden und haben die Sicherung vorgenommen. Sie sind bis Wien-Ostbahnhof mitgefahren, dort standen dann die Busse zum Transport bereit. Diese Prozedur hat man nach dem Anschlag in Marchegg bis zum Schluss durchgehalten.“<sup>76</sup> Die jüdische Emigration sollte erst in den 1980er Jahren als Folge der restriktiveren sowjetischen Haltung deutlich abnehmen. Eine neue Welle setzte erst nach dem Zerfall der UdSSR ein – zu diesem Zeitpunkt hatte Österreich infolge der Einrichtung diplomatischer Vertretungen in den Nachfolgestaaten und direkter Flugverbindungen seine Bedeutung als Transitland längst verloren.<sup>77</sup>

### 1975: „ES GIBT ERFREULICHERWEISE KEINEN TERROR IN ÖSTERREICH“

Am 18. Dezember 1973 hatte das GK Bad Vöslau eine neue Unterkunft bezogen – und zwar das freigewordene Schloss Schönau. „Die Unterbringung in Schönau war katastrophal, aber in der ersten Phase war nichts anderes möglich“, unterstreicht Pechter und fügt hinzu: „Die Männer lagen in dreistöckigen Betten. Für die Fahrzeuge haben wir keine Garage gehabt, die sind im Freien gestanden. Auch ausbildungsmäßig war Schönau nur bedingt verwendbar.“<sup>78</sup> Nachdem palästinensische Terroristen am 15. Dezember 1973 einen Anschlag auf den römischen Flughafen Fiumicino verübt hatten, übertrug Innenminister Otto Rösch dem GEK Bad Vöslau zusätzlich die Sicherungsaufgaben auf dem Flughafen Wien-Schwechat. Der Personalstand wurde auf 133 Beamte angehoben. Doch innerhalb weniger Monate musste die Truppe wieder einen Bedeutungsverlust hinnehmen. Am 1. September 1974 übersiedelte die Einheit unter der neuen Bezeichnung „Gendarmeriebegleitkommando Wien“ in die Burstyn-Kaserne in Zwölfaxing. Ab diesem Zeitpunkt war die Truppe direkt der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit unterstellt. Der Personalstand betrug allerdings nur mehr 32 Beamte. Erst zwei Jahre später wurde auf insgesamt 44 Beamte erhöht. Das Sonderkommando,

so Pechter, war innerhalb der Gendarmerie „ein von nicht allen geliebtes Kind geblieben und man dachte sogar an seine Auflösung“.<sup>79</sup>

Selbst nach den Ereignissen von Marchegg gab es auch auf politischer Ebene kein Interesse an einer weiteren Aufrüstung bei der inneren Sicherheit. Diesen Befund unterstreicht eine Presseaussendung von Innenminister Otto Rösch am 3. September 1975: „Zur Forderung der ÖVP, eine eigene ‚Anti-Terrorgruppe‘ aufzustellen, sagte Rösch, es gebe erfreulicherweise keinen Terror in Österreich. Die Einrichtung einer

derartigen Spezialtruppe sei wiederholt geprüft und stets abgelehnt worden. Eine derartige Truppe müsste nämlich untätig warten, bis etwas passiert, das ihren Einsatz rechtfertigt. Der Abzug der Beamten für diese Truppe würde den übrigen Polizeiapparat schwächen. Machen jedoch die Mitglieder einer derartigen Truppe in der ‚terrorfreien‘ Zeit normalen Polizeidienst, so entspricht dies einer Situation, die ohnedies gegeben ist.“<sup>80</sup> Als der internationale Terrorismus nur kurze Zeit später erneut auf österreichischem Boden zuschlug, sollte Rösch an diese Wortmeldung erinnert werden.

## Sieben Seiten AZ-Bericht über die weltbewegenden Stunden im OPEC-Zentrum – Interviews, Meinungen

Arbeiter-Zeitung

GEGRÜNDET 1889

S 3.- / Lire 200 / Din 5.-

**AZ**

mit Sportschau

© Nr. 296 P. b. b.

WIEN, DIENSTAG  
23. DEZEMBER 1975

# Geiseldrama in Algier nicht zu Ende:

## Weiterflug mit arabischen Ministern

**Kreisky: OPEC sprach Österreich Dank für die Krisenbewältigung aus**

WIEN, ALGIER (AZ, upi, reuter, afp). Nach dem spektakulärsten Geiseldrama in der Geschichte des Terrorismus wandte sich Montag vormittag die Aufmerksamkeit der Welt von Wien ab und Algier zu. Wenige Stunden nachdem die DC 9 der AUA mit den sechs Terroristen, einer davon schwer verletzt, 33 Geiseln, dem in Wien ansässigen kurdischen Arzt Wiriya Rawanduxy und der dreiköpfigen Besatzung aus Schweden abgefliegen war, wurden auf dem Flughafen der algerischen Hauptstadt die Verhandlungen fortgesetzt. Die Terroristen hielten zunächst ihr Versprechen, alle Geiseln freizulassen, nicht ein. Sie ließen nur die Minister und Beamten der nichtarabischen Länder mit Ausnahme des Iran (Ecuador, Gabun, Indonesien, Nigeria und Venezuela) sowie Algeriens aussteigen. Die Erdölminister Saudi Arabiens und Persiens, Yamani und Amuzegar, sowie die übrigen Mitglieder ihrer Delegationen und die OPEC-Delegierten von Katar, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten befanden sich Montagabend noch immer in der Gewalt des Kommandos. Gegen 17 Uhr flog die Maschine angeblich mit dem Ziel Tripolis von Algier ab.

Der Anschlag in Wien hat drei Menschenleben gefordert, drei Menschen wurden verletzt, unter ihnen der österreichische Polizeibeamte Kurt Leopold. Die Toten sind der Wiener Sicherheitsbeamte Anton Tschler (59), der libysche Delegierte bei der OPEC Yusuf Izmirli und der OPEC-Sicherheitsbeamte Allah Hassan. Der schwerverletzte Terrorist, der mitfliegen mußte, wurde in Algier ein Spital gebracht.

Die Landung in Algerien stand bereits in der Nacht zum Montag fest, nachdem Bundeskanzler Kreisky mit dem algerischen Außenminister Bouteflika telefoniert hatte. Montag vormittag führte Kreisky auch ein Gespräch mit Präsident Boumedienne, der angekündigt, eine qualifizierte Delegation, bestehend aus dem Außen-, dem Innen- und dem Transportminister sowie die Verhandlungen mit den Terroristen führen.

Bis zum Abflug Montagabend verliefen diese Verhandlungen auf dem Flughafen von Algier ergebnislos. Bouteflika, der Polizeichef

Draja und der algerische Energieminister Abdelmallem, der als Geisel mitgedroht und freigelassen worden war, beteiligten sich daran. Letzter sagte sichtlich erschöpft: „Es scheint, daß die Sache noch nicht zu Ende ist, sie wollen weitermachen.“ Der Flugzug wurde während der Gespräche aufgetankt.

Die Auswahl der freigelassenen Geiseln bestätigt, was auch aus dem Kommuniqué, das die Terroristen in Wien veröffentlicht haben, hervorgeht (siehe Seite 7), daß sie schief gegen den Iran und die reaktionären arabischen Länder Saudi Arabien, Kuwait, Arabische Emirate sind.

Zu der Lösung in Wien war es nach stundenlangen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Terroristen vom „Arm der arabischen Revolution“ gegen ein freies gekommen. Kreisky hatte als Bedingung verlangt, daß alle in Österreich wohnenden OPEC-

fortsetzung auf seite 3

### Margarine bis zu 70 g billiger

WIEN (SK, opa). Mitte Jänner wird die zweite Etappe der Margarine-Preissenkung für die Konsumenten wirksam werden. Wie Handelsminister Starobacher Montag mitteilte, wurden bei den Verhandlungen zwischen ihm, den Sozialpartnern und der Firma Unilever Preisabstimmungen zwischen 30 und 70 Groschen je Viertelkilogramm festgelegt. Die neuen Letztverbraucherpreise (unverbindlich empfohlene Richtpreise) werden für Vita 1,80 (8,10) Schilling, für Rama 1,50 (6,90) Schilling, für Feine Thea 1,70 (6,00) Schilling, für normale Thea 1,00 (3,20) Schilling und für Ceres 8,00 (6,70) Schilling betragen.

### Bielka: Terror verhindert Lösung

JERUSALEM (AZ). Außenminister Bielka, der Sonntag zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in Israel eingetroffen ist, erklärte in Jerusalem, der Terrorismus sei in jeder Form abzulehnen, er könne niemals eine Lösung des Nahostkonflikts beschleunigen. In einer Tischrede sagte Bielka, Israel müsse innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen unabhängig und souverän bleiben. Eine Nahostlösung sei aber ohne Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser unmöglich. Außenminister Allon dankte Österreich dafür, daß es wegen die Antirassismuresolution der Vereinten Nationen gestimmt habe.



Morgennebel im Wiener Flughafen Schwechat. Die DC 9 „Burgenland“ steht startbereit, um die sechs arabischen Terroristen – einer von ihnen schwer verletzt – und die 33 Geiseln aus Österreich auszuliefern. Im Bild links der Postautobus, mit dem die Terroristen und Geiseln vom OPEC-Haus am Ring zum Flughafen gebracht wurden. Der schwerverletzte Terrorist – er erlitt bei dem Schußwechsel im OPEC-Hauptquartier am Sonntag einen Bauchschuß – wurde schon vorher mit einem Ambulanzwagen zum Flughafen gebracht und in der Maschine sofort kleiner an medizinische Geräte angeschlossen. Der Chef des Terrorkommandos, überreicht nun den Einsatz der Geiseln. Die Maschine erhob sich kurz nach 9.30 Uhr in die Luft. Etwas danach wurde das Flugziel bekannt. Die algerische Hauptstadt Algier.

Am 21. Dezember 1975 nahm ein gemischtes Kommando von westdeutschen Linksextremisten und Palästinensern unter der Führung von Illich Ramirez Sanchez, genannt „Carlos“, im Wiener OPEC-Hauptquartier elf Erdölminister als Geiseln. Weder davor noch danach haben sich je wieder so viele hochrangige Politiker in der Gewalt von Terroristen befunden. Kreisky reagierte ähnlich wie im Fall Marchegg: Zu keinem Zeitpunkt wurde eine „militärische“ Lösung erwogen, sondern man gestattete die Ausreise des Terrorkommandos nach Algerien, wo die letzten Geiseln schließlich frei kamen. Erneut hatte sich das Fehlen entsprechender Antiterrorkapazitäten bemerkbar gemacht: Das Einsatzkommando (EKO) der Wiener Polizei, gerade einmal acht Beamte, war auf die Konfrontation mit einem paramilitärisch ausgebildeten und gut bewaffneten Gegner nicht vorbereitet gewesen. Bei einem Erkundungsvorstoß ins Gebäude verwickelten sich drei EKO-Beamte, angeführt von einem 52-jährigen Kriegsversehrten, in ein hitziges Feuergefecht. Der Terrorist Hans-Joachim Klein erlitt dabei einen Bauchschuss, auch einer der Polizisten wurde schwer verletzt. „Die müssen verrückt gewesen sein“, schrieb Klein später über die „Wiener Djangos“ und fügte hinzu: „Das war keine Anti-Terrorismus-Truppe, das war eine Anti-Geisel-Truppe mit Suizidabsichten.“<sup>81</sup>



GEK-Einsatzbesprechung mit Kommandant Johannes Pechter (dritter von rechts). Quelle: EKO-Cobra.



GEK-Einsatzübung 1978. Quelle: EKO-Cobra.

Als im September 1976 über neuerliche Anschlagplanungen von Carlos in Österreich spekuliert wurde, beeilte sich Rösch zu versichern: „Eine speziell ausgebildete Einheit für Terrorbekämpfung steht bereit!“ Die *Kronen Zeitung* berichtete: „Nach informierten Kreisen des Innenministeriums besteht die Einheit aus rund 30 Mann und wird noch vergrößert. ‚Im Notfall sind die Leute innerhalb kürzester Zeit einsatzbereit!‘ heißt es.“<sup>82</sup> Die Lektüre dieses Artikels führte damals bei Pechter zu Kopfschütteln: „1976 waren wir 30 Mann stark und haben eine monatliche Schießausbildung gemacht und ein bisschen Information weitergegeben, weil die Aufgaben ja erfüllt werden mussten. Und da verkauft man uns als jederzeit einsetzbare Antiterrorereinheit. Ich habe damals dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Dr. Danzinger, gesagt: ‚Was soll das? Wir haben ja gar nicht die Voraussetzungen, dass wir eine entsprechende Ausbildung betreiben können, etc.‘ Alles vor dem späteren Gendarmerieeinsatzkommando waren von politischer Seite her Alibihandlungen.“<sup>83</sup>

## 1977: DEUTSCHER HERBST UND PALMERS-ENTFÜHRUNG

Ende der 1970er Jahre kam zur Bedrohung durch Aktionen von palästinensischen Gruppen noch eine weitere Gefahrenquelle hinzu. Der Linksterrorismus in der BRD begann zunehmend auf Österreich überzugreifen: So nutzte die Rote Armee Fraktion (RAF) das Land als Ruheraum bzw. zum Zweck der logistischen Versorgung. 1976 wurden auf der Bezirkshauptmannschaft in Landeck/Tirol bei einem Überfall Reisepässe und Stempel gestohlen. Im selben Jahr wurde das RAF-Mitglied Waltraud Boock nach einem Überfall auf eine Filiale der Creditanstalt in Wien festgenommen.<sup>84</sup> Dann, im Herbst 1977, überschlugen sich die Ereignisse: Am 5. September 1977 entführte die RAF den westdeutschen Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer. Die Fahndung nach den Tätern wurde auch auf Österreich ausgedehnt. Insgesamt 45.000 Steckbriefe mit Porträts von 16 RAF-Terroristen wurden verteilt, allein in Wien 16.000 („Die Bundesdruckerei musste eine Sonderschicht einlegen“).<sup>85</sup> Um den Druck auf die deutsche Bundesregierung, inhaftierte RAF-Mitglieder auszutauschen, noch zu verstärken, brachte eine palästinensische Terrorgruppe am 13. Oktober 1977 eine Lufthansa-Maschine in ihre Gewalt. Die Regierung von Bundeskanzler

Helmut Schmidt blieb aber bei der „harten Linie“: Die „Landshut“ wurde in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 1977 in Mogadischu von der GSG 9 befreit. Allerdings richtete die RAF, nachdem bekannt geworden war, dass drei ihrer Mitglieder in ihren Zellen Selbstmord begangen hatten, Schleyer hin. Ungeachtet dessen genoss Schmidt wegen seiner Politik der kompromisslosen Härte gegenüber dem Terrorismus hohes Ansehen – das politische System der BRD schien gestärkt aus dem „deutschen Herbst“ hervorgegangen zu sein. In Österreich wurde diese Entwicklung aufmerksam verfolgt – wie aus den persönlichen Aufzeichnungen von Handels-, Gewerbe- und Industrieminister Josef Staribacher hervorgeht, erwartete Kreisky schon kurz nach Schleyers Entführung, am 12. September 1977, „dass die Presse ihn fragt, wie es jetzt in Österreich mit dem Terrorismus weitergehen wird“. Innenminister Erwin Lanc<sup>86</sup> „musste sich jetzt den Kopf zerbrechen, wie wir gegebenenfalls Maßnahmen in Österreich treffen, die sich von den deutschen wesentlich unterscheiden müssen. Vielleicht ist es zweckmäßig, so wie bei der Gendarmerie auch bei der Polizei eine besondere Abteilung für Terrorbekämpfung zu errichten.“<sup>87</sup> Als sich die Geiselkrise infolge der Flugzeugentführung noch einmal zuspitzte, war man innerhalb der österreichischen Regierung verunsichert – Staribacher vermerkte am 17. Oktober 1977: „Diese Zunahme der Terrortätigkeit beschäftigt sicher jeden von uns, ohne dass allerdings allzu viel davon gesprochen wird. Ich weiß auch nicht, wie lange wir noch das Glück haben werden, davon verschont zu sein. Eigentlich erwarte ich jede Stunde, dass etwas Ähnliches bei uns in Österreich auch passiert.“<sup>88</sup>

Am 20. Oktober 1977, kurz nachdem der spektakuläre Einsatz der GSG 9 stattgefunden hatte, versicherte Kreisky bei einer Klausur des SPÖ-Parlamentsklubs in Villach: „Auch Österreich ist gegen Terror gerüstet“.<sup>89</sup> In der Öffentlichkeit wurden allerdings wenig schmeichelhafte Vergleiche mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung nach den Geiselnahmen in Marchegg (1973) und im Wiener OPEC-Hauptquartier (1975) angestellt. In beiden Fällen hatte Kreisky eine unblutige Lösung vorangetrieben und den Terroristen freies Geleit zugesichert. „Im Lichte der deutschen Ereignisse“ versicherte der Bundeskanzler nun seine Entschlossenheit gegenüber künftigem Terrorismus auf österreichischem Boden. „Niemand“, so Kreisky, „soll daraus den Schluss ziehen, weil wir in zwei Fällen Tote verhindern konnten, dass wir grundsätz-

lich eine solche Haltung einnehmen werden. Was wir aus dieser Sache (in der BRD) lernen müssen: Alles zu tun, um für alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, jedem klarzumachen, dass er mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Abwehr der Aktion wird rechnen müssen.“ Über entsprechende Kräfte verfüge man bereits, allerdings müsse man diese noch vorbereiten: „Ich kann mir nur wünschen, dass ich niemals in die Lage komme, von ihnen einen solchen Einsatz zu verlangen.“<sup>90</sup> Als wenig später ein *profil*-Journalist im Interview kritisch anmerkte, Österreich würde im Gegensatz zur BRD doch nur über „ein paar schlecht ausgebildete Gendarmeriebeamte“ verfügen, räumte Kreisky ein: „Diese Truppe ist erst im Aufbau. Wir werden sie verstärken, am Beispiel ausländischer Erfahrungen schulen und für den Ernstfall vorbereiten.“ An den bereits erwähnten Ausspruch von Rösch erinnert, wonach Österreich keine Spezialeinheit brauche, stellte Kreisky fest: „Jetzt sage ich Ihnen: Wir brauchen diese Truppe. Und die Regierung wird alles tun, um sie so stark und schlagkräftig als möglich zu machen.“<sup>91</sup>

Beim Gendarmeriebegleitkommando Wien war man allerdings überrascht, am 23. Oktober 1977 im *Kurier* zu lesen, dass Österreich eine „Spezialtruppe“ zu Verfügung habe, „die notfalls gegen Terroristen eingesetzt werden kann“. Mit der GSG 9, so der Artikel, lasse sich „unsere Cobra“ aber nicht vergleichen – diese sei „nur mäßig giftig“.<sup>92</sup> Werle meinte nach der Lektüre etwas ungläubig zu Pechter: „Die meinen uns damit. Da müssen wir etwas tun und im Ministerium nachfragen, wie das sein soll.“ Zum Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit sagten sie wenig später: „Das ist schon ein bisschen deftig. Da hätten wir einiges zu tun, um das überhaupt zu rechtfertigen.“ Dessen Reaktion, so Werle, war: „„Meine Herrn, setzen Sie sich hin und machen Sie ein Konzept“ – was wir gemacht haben.“<sup>93</sup>

Input dafür holte man sich durch eine Studienreise ins Ausland. Am 7. November 1977 fuhren Pechter und Ministerialrat Armin Hermann mit dem TEE Prinz Eugen für zwei Tage in die BRD: „Das war der erste Kontakt zur GSG 9 und zu ihrem Kommandanten Ulrich Wegener – gerade einmal 14 Tage nach der Erstürmung der Maschine in Mogadischu. Mit dementsprechend stolz geschwellter Brust sind sie uns auch gegenübergetreten. Das muss man natürlich verstehen, denn die Befreiung der ‚Landshut‘ war eine tolle Operation.“<sup>94</sup> Bereits am 11. November 1977 wusste die *Presse* zu berichten, dass sich Pechter „zu

Besprechungen in die BRD“ begeben habe, damit das Gendarmeriebegleitkommando Wien „nicht nur nach deutschem Muster ausgerüstet, sondern auch mit deutscher Hilfe ausgebildet“ werde. Darauf angesprochen wählte Kreisky eine „auffallend schwache Form des Widerspruchs: ‚Ich halte die Meldungen darüber nicht für richtig.‘“<sup>95</sup>

Ausgerechnet am Rückreisetag der beiden Emis-säre, am 9. November 1977, schlug der Linksterrorismus tatsächlich in Österreich zu: Angehörige der westdeutschen „Bewegung 2. Juni“, einer neben der RAF agierenden Gruppe, entführten in Wien den Unternehmer Walter Palmers. Es handelte sich um eine „unpolitische“ Geldbeschaffungsaktion, die innerhalb von zwei Tagen durch die Übergabe von rund 31 Millionen Schilling (ca. 2,4 Millionen Euro) bereinigt werden konnte. Dennoch bedeutete das Ereignis einen Einschnitt: War Terrorismus zuvor vor allem von ausländischen Akteuren auf österreichischem Boden verübt worden, hatten diesmal einheimische Linksextreme die Entführer logistisch und operationell unterstützt. Erneut wurde der Öffentlichkeit deutlich, dass sich Österreich nicht von internationalen Entwicklungen abkoppeln konnte. In Anspielung auf ein Zitat von Papst Paul VI.<sup>96</sup> stellte Kreisky gegenüber der *Presse* fest: „Es gibt keine Insel der Seligen. Kleine Staaten, in denen es sehr viel Bewegungsfreiheit gibt, sind, wie sich am Beispiel Holland<sup>97</sup> zeigt, nicht frei von solchen Gefahren.“<sup>98</sup>

Während der Palmers-Entführung hatte die Exekutive keine gute Figur gemacht: Die technische Ausrüstung hatte sich als mangelhaft erwiesen (zu wenig Telefone, Dienstwagen); Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Staatspolizei (Innenministerium) und der Kriminalpolizei (Sicherheitsbüro) hatten gelähmt, während die Familie Palmers den Austausch einfach an den Behörden vorbei durchführte.<sup>99</sup> Nicht umsonst hatte der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Robert Danzinger, schon Anfang 1977 geklagt, dass man bei Terroranschlägen „nur reagieren, kaum agieren“ könne.<sup>100</sup> Innerhalb der Bundesregierung sah man die Entwicklung mit Sorge – vor allem der Bundeskanzler befürchtete ein Überschwappen des westdeutschen Linksextremismus auf Österreich. „Diese Befürchtung hat es beim Kreisky stärker gegeben, als bei mir“, meint dazu rückblickend Erwin Lanc im Interview. „Aber auch ich konnte das nicht ausschließen, da die Sache ja auch hier propagandiert wurde und Pressekonferenzen im Cafe Landtmann abgehalten worden sind. Und zwar von den Kreisen,

die der RAF und der Bewegung 2. Juni zumindest verständnisvoll gegenübergestanden sind und sie dann sogar unterstützt haben – wie etwa Thomas Gratt und Othmar Keplinger. Also, auszuschließen war ein solches ‚Überschwappen‘ nicht, und es ist ja auch zur Palmers-Geldbeschaffungsaktion gekommen. Beim Kreisky hat sicher der intensive Kontakt mit dem Helmut Schmidt eine Rolle gespielt. Die BRD war viel stärker betroffen und dementsprechend härter war die Reaktion“, so Lanc.<sup>101</sup>

Im Unterschied zu Deutschland gab es in Österreich keine Sondergesetzgebung – Justizminister Christian Broda legte viel Wert darauf, dass man zur Bekämpfung des Terrorismus „keine zusätzlichen Bestimmungen“ benötige, sondern das österreichische Strafrecht „bereits sehr modern gefasste, präzise und zum Teil über die bisherigen deutschen Strafbestimmungen hinausgehende Bestimmungen für terroristische Aktivitäten“ beinhalte.<sup>102</sup> Während die Rechtslage als ausreichend empfunden wurde, waren die bis dahin nur kaschierten Strukturschwächen der inneren Sicherheit den Verantwortlichen umso bewusster. Laut dem Tagebuch Staribachers bemängelte Kreisky am 14. November 1977, „dass der österreichische Apparat nicht maximal ist. Die jetzigen Schutzvorschriften gefährden nur junge Leute, die z. B. jetzt zu seinem persönlichen Schutz abkommandiert sind. Was unbedingt verhindert werden muss, ist dass wie in Deutschland durch die Schutzbedürfnisse dann ein Kontakt der Politiker mit der Bevölkerung verhindert wird.“<sup>103</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte Kreisky nämlich bereits persönliche Drohungen erhalten: Am 7. November 1977 verzeichnete die österreichische Botschaft in Berlin zweimal telefonische Morddrohungen des RAF-„kommando 18. Juni“ in „ruhiger und monologer Diktion“: „hier spricht rote armee fraktion. wir teilen ihnen mit, dass wir bundeskanzler kreisky hinrichten werden.“<sup>104</sup> Die deutschen Sicherheitsbehörden, so die *Presse*, warnten damals davor, „die Angelegenheit auf die leichte Schulter zu nehmen. [...] Die Folge: Bundeskanzler Kreisky hat seit Wochenbeginn ein Begleitkommando der Staatspolizei, sein Wohnsitz wird streng überwacht.“<sup>105</sup> Es sei nicht die erste Drohung gewesen, meinte Kreisky selbst dazu, diese habe sich aber „im Zeichen der Ereignisse von den anderen deutlich abgehoben“. Gleichzeitig appellierte er an die Medien, „dass solche Dinge nicht überbewertet werden“. Die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen wären nicht seine Sache: „Eine totale Abschirmung

seiner Person von der Bevölkerung habe er jedenfalls verboten.<sup>106</sup> Mit der eher lockeren Atmosphäre, die im Bundeskanzleramt bis dahin geherrscht hatte, war es jedenfalls vorbei, so die *Presse*: „In den Gängen des Kanzleramts patrouillieren mehr zivile Bewacher als zu früheren Zeiten. Den Mantelkragen hochgestellt, warten sie auf die Heimfahrt des Chefs.“<sup>107</sup>

Am 24. Mai 1978 erhielt das Bundeskanzleramt in Wien ein Schreiben vom „Kommando Andreas Baader – RAF“, in dem gegen einen Besuch von Helmut Schmidt in Wien protestiert wurde.<sup>108</sup> Die kriminaltechnische Untersuchung ergab „keinerlei sachdienliche Anhaltspunkte“.<sup>109</sup> Kreisky habe aber ohnedies dazu geneigt, „gegen ihn persönlich gerichtete Drohungen nicht so ernst zu nehmen, weil ja die Schutzmaßnahmen automatisch zu einer Verengung des persönlichen Aktionsradius führen mussten“, so Erwin Lanc. Ein Problem sei zudem Kreiskys Chauffeur Blauensteiner gewesen, „der nicht täglich eine andere Route fahren wollte.“<sup>110</sup>

Was die konkrete Terrorbedrohung in Österreich anging, so empfand Kreisky vor allem die inhaftierte RAF-Terroristin Waltraud Boock als „Sicherheitsrisiko“<sup>111</sup> – ein Befreiungsversuch durch ihren damaligen Ehemann, das RAF-Führungsmitglied Peter Jürgen Boock, schien im Bereich des Möglichen.<sup>112</sup> Als dann Ende 1977 die Terroristin Gabriele Kröcher-Tiedemann, die am OPEC-Überfall teilgenommen hatte, in der Schweiz verhaftet wurde und eine Auslieferung an Österreich im Raum stand, erhielt die Besorgnis des Bundeskanzlers neue Nahrung: „Kreisky“, vermerkte Staribacher am 16. Mai 1978, „befürchtet, daß, nachdem jetzt 3 Terroristen bereits in Österreich sind<sup>113</sup> und noch Tiedemann eventuell dazu kommt, dass dann der österreichische Terror beginnen wird, weil diese von den anderen befreit werden würden“.<sup>114</sup> Tatsächlich sollte Kröcher-Tiedemann erst 1987 in die BRD ausgeliefert werden – mangels an Beweisen wurde sie 1990 von einem Kölner Gericht von der Anklage in Sachen OPEC-Überfall freigesprochen. Die österreichische Justiz hatte sich während der gesamten Zeit nicht offensiv um Kröcher-Tiedemann bemüht, obwohl sie auch an der Palmers-Entführung beteiligt gewesen war.<sup>115</sup>

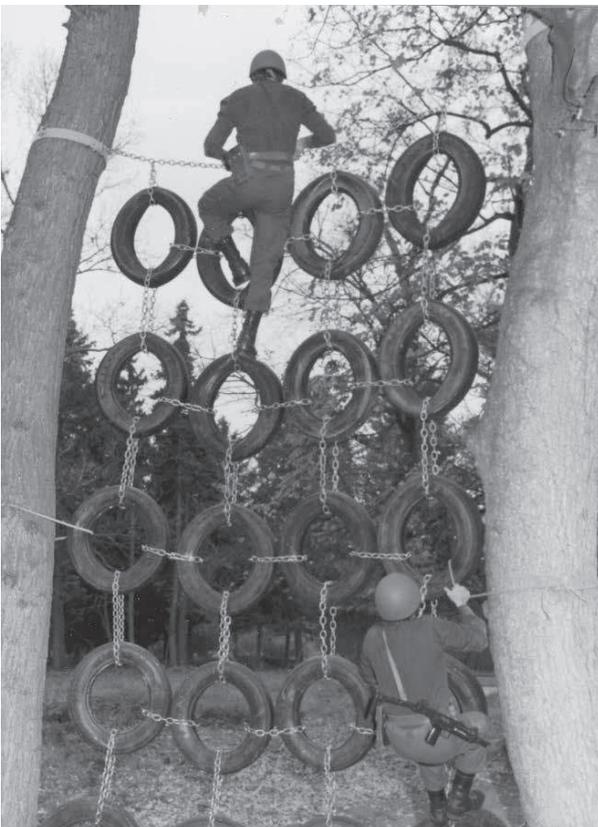
Mehr als einen Monat nach dem Verschwinden von Walter Palmers wurde am 12. Dezember 1977 die Ehefrau des Schöps-Gründers Leopold Böhm entführt. Obgleich zunächst linksextreme Täter verdächtigt wurden, hatte dieser Fall einen rein kriminellen Hintergrund – das Opfer kam nach fünf Tagen gegen

Zahlung eines Lösegeldes frei. Erneut handelte sich die Polizei Häme ein – Böhm selbst hatte die Zusammenarbeit mit der Exekutive öffentlich aufgekündigt. Im Ministerrat kritisierte Kreisky die Wiener Polizei und insbesondere deren Präsidenten Karl Reidinger „stark“ – „gefährdete Personen“ seien zu schützen. Laut den Aufzeichnungen von Staribacher erklärte sich aber Innenminister Lanc dazu „vollkommen außerstande, weil er einen ungeheuren Mangel an geeigneten Leuten hat“.<sup>116</sup>

Gegenüber der Öffentlichkeit wurde dagegen Handlungskompetenz demonstriert: Nur acht Tage nach der Böhm-Entführung kündigte Lanc die Gründung einer „Spezialgruppe gegen Entführungen“ an.<sup>117</sup> Mit der Schaffung der Sondereinheit wollte der Innenminister die Exekutive schlagkräftiger machen: Denn „die österreichische Polizei“, so merkte Lanc an, habe „bisher in der Terrorismusbekämpfung ein Organisations- und ein Informationsproblem gehabt“.<sup>118</sup> Die „Spezialgruppe“ würde sich aus den „besten Kräften“ der Kriminal- und Staatspolizei rekrutieren und direkt dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit unterstellt sein. „Neue Formen der Kriminalität erfordern auch neue Formen der Organisation“, betonte der Minister.<sup>119</sup> Die besonderen Anforderungen an die Beamten fasste Lanc so zusammen: „Ein höherer Standard an Information, Erkenntnisse der internationalen Terrorbekämpfung durch Analyse der ausländischen, aber auch der heimischen Terrorfälle. Das erfordert Grundkenntnisse über die wesentlichen Philosophien des Terrorismus, aber auch über spezielle Fahndungsmethoden.“ Er, so Lanc, halte aber nichts davon, „dass man jetzt den Polizeiapparat überdimensioniert“. Wichtig sei, „dass da jetzt niemand die Nerven verliert“.<sup>120</sup> Unter der Bezeichnung Kriminalbeamten-Einsatzgruppe (KEG) wurde die „Spezialgruppe“ später bei der Bundespolizeidirektion Wien/Abteilung I (Staatspolizeilicher Dienst) angesiedelt und befasste sich mit der Ausforschung von Terroristen, Verhinderung von Anschlägen und Beobachtung der Sympathisantenszene.<sup>121</sup> 1987 sollte die KEG dann in der von Innenminister Karl Blecha gegründeten Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT) aufgehen. Hier lag der Fokus umso mehr auf verdeckter Ermittlung, Prävention und Informationsaustausch mit „befreundeten Diensten“.<sup>122</sup>

Letztendlich war Österreich ein „deutscher Herbst“ erspart geblieben – aber die Folgewirkungen des Jahres 1977 wurden von Kreisky dennoch als ernst

eingeschätzt: Der Bundeskanzler, das wird aus den Aufzeichnungen Staribachers vom 29. Mai 1978 deutlich, befürchtete, dass ein Gemisch aus gefühlter Unsicherheit infolge der Palmers-Entführung<sup>123</sup> und die gleichzeitig vehement geführte gesellschaftliche Debatte rund um die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf der SPÖ den Erfolg bei den Nationalratswahlen 1979 kosten könnte: „Kreisky hatte wegen der Terrortätigkeit große Angst, dass die nächsten Wahlen für uns schlecht ausgehen. Die Bevölkerung fürchtet sich vor dem Kernkraftwerk, dazu kommt jetzt noch die Angst vor dem Terror und dies geht auf Kosten der soz. Wählerstimmen. Nach seiner Meinung verlieren wir wegen dieser Kombination. Angst vor Terror, Angst vor Kernkraft.“<sup>124</sup> Diese Gleichsetzung sei „nicht richtig“ gewesen, meint Erwin Lanc: „Denn für einfache Leute war Terror ein Problem der Wohlhabenden, während die Kernkraft ungleich viel stärker zur Diskussion gestanden ist und das praktisch in allen Gesellschaftsschichten. Das ist sehr tief gegangen und hatte eine viel größere Wirkung bei der Masse der Bevölkerung als die Palmers-Entführung.“<sup>125</sup> Bei den Wahlen gab übrigens keiner der beiden Faktoren den Ausschlag: Die SPÖ konnte am 6. Mai 1979 ihre absolute Mehrheit halten.



GEK-Training auf der Hindernisbahn 1978. Quelle: EKO-Cobra.

Ungeachtet dessen hatten die Ereignisse des Herbstes 1977 Defizite im Sicherheitsapparat offengelegt, die nunmehr adressiert wurden. Ende Dezember 1977 bekundete Kreisky, dass über „eines“ in der Regierung Einigkeit herrsche: „Es kann hier keine finanziellen Hindernisse geben, die der Polizei die Möglichkeit rauben, maximale Effizienz zu entwickeln. Was immer das kostet!“<sup>126</sup> Eine der wichtigsten Maßnahmen in diesem Zusammenhang sollte der Ausbau des „Gendarmeriebegleitkommandos Wien“ zum Gendarmerieeinsatzkommando, sprich zu einer schlagkräftigen Antiterrorereinheit sein.



GEK-Training auf der Hindernisbahn 1978. Quelle: EKO-Cobra.

### VOM GENDARMERIEEINSATZKOMMANDO ZUM EINSATZKOMMANDO COBRA (1978-2002)

Das Gendarmerieeinsatzkommando (GEK) wurde dann mit 1. Januar 1978 offiziell installiert, wenngleich noch umfangreiche Aufbauarbeit geleistet werden musste. Was die Unterkunft anging, so fiel die Wahl erneut auf das drei Jahre leer gestandene Schloss Schönau. Es wurde am 14. Februar 1978 bezogen und danach mit einem Kostenaufwand von mehreren Millionen Schilling adaptiert (unter anderem wurden eine eigene Sanitätsstation sowie Kommando-, Unterkunfts- und Freizeiträume eingerichtet).<sup>127</sup> Ende 1978 nannte ein Bericht der *Presse* das so umfunktionierte Schloss „eine Heimstätte, deren äußeres Idyll durch ein Stacheldrahtdickicht verborgen wird, um die Tag und Nacht schwerbewaffnete Doppelposten ziehen. In der jede Sekunde die Alarmsirene losheulen kann (und oft genug auch tut), in der es – auch in der spärlichen Freizeit – keinen Tropfen Alkohol gibt, eine zweite Heimstätte, von der nur alle zwölf Tage ein kurzer Abstecher zur Familie erlaubt ist.“<sup>128</sup> Der Personalstand des GEK war von 44 auf 127 Beamte erhöht worden, dieser sollte erst am 1. September 1978 erreicht werden. Es wurden ausschließlich Freiwillige aufgenommen, die sich einem rigiden

körperlichen und psychologischen Auswahlverfahren unterziehen mussten. Insgesamt wurden in dieser Anfangsphase 70 Millionen Schilling (ca. 5 Millionen Euro) investiert – Teile der technischen Ausrüstung konnten freilich nur Schritt für Schritt angeschafft werden.<sup>129</sup> Werle äußerte sich im Nachhinein aber grundsätzlich zufrieden: „Wir wurden vom eigenen Gendarmeriezentralkommando mit allem versorgt – Einrichtungsgegenstände, Ausrüstung, alles was wir gebraucht haben. Wir sind nie zu kurz gekommen. Das Notwendige, um unserer Aufgabe gerecht zu werden, haben wir immer bekommen.“<sup>130</sup> Als die GEK-Leute Mitte November 1978 vor Journalisten ihre Einsatzfähigkeit unter Beweis stellten, war das Echo durchwegs positiv. Laut *Kronen Zeitung* war eine „Kopie des erfolgreichen BRD-Grenzschutzkommandos“ geschaffen worden – eine „GSG-Ö sozusagen“.<sup>131</sup>

Berater der deutschen GSG 9 hatten die Aufstellung der Truppe in der Tat unterstützt: Anfang Mai 1977 besuchte beispielsweise der freiberufliche Psychologe Wolfgang Salewski, Betreuer der GSG 9, das GEK in Schönau zwecks Erfahrungsaustausch über Ausbildungsprobleme.<sup>132</sup> „Die deutschen Berater“, so Erwin Lanc, „haben berichtet, wie das bei ihnen läuft, was gut und was schief läuft. Letzteres war zum Beispiel die Erkenntnis, dass wenn ich Leute sozusagen ganz auf ‚bissig‘ ausbilde, bei der Rückwechslung in den Normaldienst Probleme auftreten. Psychologen meinten, man sollte auf keinen Fall über zwei Dienstjahre hinausgehen, wenn man will, dass die Polizisten nachher wieder für zivile Einsätze zur Verfügung stehen.“ Später gab es dann in Vorarlberg ein Problem mit einem Gendarmen: „Der war eineinhalb Jahre beim GEK. Als er dann in den Normaldienst zurückgekommen ist, hat er bei irgendeiner Beanstandung seitens eines KfZ-Fahrers überreagiert. Wir haben den Beamten sofort in den Innendienst gegeben, damit er sich abkühlt.“<sup>133</sup> Eine praktische Schulung oder direkte Einweisung durch die GSG 9 fand jedenfalls nicht statt, wie Pechter unterstreicht: „Man hat sich aber ausgetauscht. So hat Ulrich Wegener im August 1978 mit zwei Kollegen Schönau besucht.“<sup>134</sup>

Darüber hinaus wurden weltweit Kontakte zu zahlreichen anderen Spezialeinheiten geknüpft, wie sich Werle erinnert: „Ich war dann 1984/85 im Ausland – beim SAS in England. Man hat mir dort das Eindringen in Räume demonstriert – ich habe dann nachgefragt, ob das das Standardmodell ist und ob

da nicht die eigenen Kräfte sehr gefährdet sind. Die Antwort war: ‚We are soldiers. If it’s necessary, they have to die.‘ Das konnte man mit unserer Mentalität nicht in Einklang bringen. Man kann von jemand, der sich freiwillig gemeldet hat, nicht verlangen: ‚Wenn es die Situation erfordert, dann stirbst du halt.‘ Das SAS dagegen ist eine militärische Einheit und da macht man sich keine solchen Gedanken.“ Beeindruckt war Werle vom Können der US-amerikanischen Delta Force und der „Grenadiere“, einer kleinen Spezialeinheit des Schweizer Kantons Aargau: „Die übten sehr realitätsbezogen – Zugriffe auf der Autobahn, Schusswechsel in bewohntem Gebiet sowie Scharfschießen beim Eindringen in gekennzeichnete ‚Täterräume‘. Israelische Offiziere habe ich bei einem internationalen Workshop bei der GSG 9 kennengelernt. Die sind zu zweit in Räume eingedrungen und haben auf Täterfiguren geschossen – da ist man mit dem Schauen gar nicht mitgekommen.“



GEK-Einsatzübung im alpinen Gelände 1978. Quelle: EKO-Cobra.



GEK-Nahkampfausbildung vor Publikum 1978. Quelle: EKO-Cobra.

Die größte Schwierigkeit beim Aufbau des GEK, so Werle, war ursprünglich, dass „nichts da war“: „Weil man uns nicht gekannt hat, war die GSG 9 anfänglich eher zurückhaltend und hat uns nur ein paar Blatt Papier überlassen. Um die Einsatztaktik und die Ausbildungsplanung auszuarbeiten, habe ich

zunächst in Bundesheerunterlagen hineingeschaut. Da stand: ‚Der Soldat springt in die Mitte des Raums und gibt mit dem Maschinengewehr 360 Grad ein Sperrfeuer ab.‘ Da hab ich mir gedacht, da kann ich gleich wieder aufhören, weil eine Geiselnahme eine andere Situation ist. Es war ein mühsamer Anfang. Es war ja nichts da – es hat in Österreich nichts Vergleichbares gegeben. Auf dem Gebiet der Einsatztaktik etwa waren viele Fragen offen: Wie dringe ich in Räume ein? Wie nähere ich mich Objekten?‘<sup>136</sup> Um möglichst realitätsnah zu üben, verwendete das GEK Plastiktrainingsmunition, so Werle: ‚Bei einem Mittagessen mit Dr. Danzinger hat mir dieser gesagt: ‚Gut, dass ihr das habt. Das richtet keinen Schaden an.‘ Da musste ich ihn korrigieren: ‚Auf 10 Meter in die Weichteile kann es tödlich sein.‘ Da wäre Danzinger fast der Suppenlöffel aus der Hand gefallen: ‚Um Gottes willen, passt mir ja auf.‘‘<sup>137</sup>

Werle und dessen Mitarbeiter gestalteten die Ausbildung praktisch selbst: ‚Das allermeiste ist auf unserem ‚eigenen Mist‘ gewachsen. Teamwork war uns immer wichtig. In der Ausbildung haben wir Situationen vorgegeben, es aber den Teilnehmern offen gelassen, wie sie das Problem lösen. Über die Fehler hat man anschließend diskutiert. So hatten alle Teilnehmer das Gefühl, wir haben gemeinsam etwas erarbeitet. Das schafft Vertrauen. Auch der niedrigste Dienstrang, wenn er engagiert ist, hat Ideen, von denen man lernen und profitieren kann. Wenn man einer gemeinsamen Sache eigene Interessen unterordnet, dann schaut etwas heraus. Nicht umsonst hatten wir Besucher aus aller Herren Länder da, die begeistert waren.‘ Was Werle bei anderen Verbänden beobachtete, bestätigte ihm die Richtigkeit des eingeschlagenen Wegs: ‚Es hat Anregungen von außen gegeben – aber wir haben das auf unsere Verhältnisse adaptiert. Wir haben nichts blind übernommen, sondern uns gefragt: Passt das in unsere Mentalität? Absoluten Gehorsam, wie bei anderen Spezialeinheiten üblich, haben wir nicht eingefordert, weil das nichts bringt. Und wir haben immer viel Wert darauf gelegt, dass maximaler Eigenschutz für den Beamten gewährleistet ist.‘<sup>135</sup>

Mitte der 1980er Jahre konnte das Magazin *Basta* begeistert vermelden: ‚Heute kann jeder Cobra-Mann Auto fahren wie ein Rallyepilot, er kann jeden österreichischen Eisenbahnzug lenken, er kennt die Technik eines modernen Düsenclippers bis ins Detail und ist sogar auf Kampfsituationen unter Wasser trainiert. Die Cobra ist die bestgeschulte,

verlässlichste staatliche Eingreiftruppe.‘<sup>136</sup> Dieser euphorische Tenor ist symptomatisch für die gesamte Berichterstattung über die Spezialeinheit seit den 1980er Jahren. Davor war das nicht immer so, wie Pechter betont: ‚Druck seitens der Medien war in der Anfangsphase gegeben. Im Großen und Ganzen war die Resonanz aber immer positiv – vor allem nach den Vergleichswettkämpfen, wo wir tolle Platzierungen erreicht haben. Die Politik hat mitgespielt und das für sich verkauft, so nach dem Motto: Was wir nicht alles für die Sicherheit machen.‘<sup>137</sup> Zusätzlich sollte die Berichterstattung auch eine präventive Wirkung haben, indem sie die besondere Schlagkraft des GEK hervorhob – so hieß es beispielsweise in einem Bericht der *Kronen Zeitung* von 1993, dass die Truppe ‚aus den besten Antiterror-Spezialisten Österreichs‘<sup>138</sup> bestünde: ‚Jeder einzelne ist eine perfekt geölte Kampfmaschine – Karatekämpfer, Scharfschütze, Bodyguard, Fallschirmspringer, Taucher, Bergsteiger, Rallyefahrer und und und. Jeder einzelne wäre folglich ein perfekter Terrorist.‘<sup>138</sup>



Personenschutzmaßnahmen durch das GEK 1979. Quelle: EKO-Cobra.

Der Aufgabenkatalog des GEK umfasste folgende Punkte: Planung, Vorbereitung und Durchführung von Sondereinsätzen mit ‚mittlerem und höherem Gefährdungsgrad‘ (Geiselnahmen, Amokläufe, Flugzeugentführungen, Festnahmen nach Gewaltverbrechen), die Begleitung des Bundeskanzlers und anderer hochgefährdeter Personen, Sicherungsaufgaben auf dem Flughafen Schwechat, Personenschutz für Staatsgäste, Objektschutz für österreichische Vertretungen im Ausland sowie Aus- und Fortbildung.<sup>139</sup> So hatte das GEK beispielsweise 1981 den Personenschutz für Bundeskanzler Kreisky bzw. den Objektschutz für dessen Villa in der Wiener Armbrustergasse 15 übernommen. In diesem Zusammenhang wurde Werle berichtet, dass sich Kreisky aus Kostengründen weigerte, ein beschusssicheres Glas in der Frühstücksecke der Küche einbauen zu lassen: ‚Da

habe ich mir folgendes überlegt: Ich habe einen unserer Präzisionsschützen in ein gegenüberliegendes Wohnhaus hineingeschickt. Der hat sich an einem Dachlukenfenster postiert. Auf dem Gewehr war eine Kamera fixiert – gleichzeitig hat jemand von uns am Frühstückstisch Platz genommen. Den hat der Scharfschütze dann ins Visier genommen und davon ein Foto geschossen. Genau in den Kopf. Das Foto hat Dr. Kreisky überzeugt und seine Reaktion war: ‚Mocht’s die Fenster‘.<sup>140</sup> Bei seinem Nachfolger Fred Sinowatz ergab sich für Pechter ebenfalls eine amüsante Situation: ‚Ich bin wegen der notwendigen Personen- und Objektschutzmaßnahmen vorstellig geworden. Ich habe zu Sinowatz gesagt: ‚In einer Stunde werden drei Beamte eintreffen und den Personenschutz für Sie übernehmen.‘ Da hat Sinowatz geantwortet: ‚Aber ich möchte noch ins Landtman auf einen Kaffee gehen.‘ Da habe ich gemeint: ‚Herr Bundeskanzler, jetzt sind Sie Bundeskanzler. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass die drei Beamten mit Ihnen ins Landtman gehen werden.‘“

Anfang der 1980er Jahre war Österreich wieder in das Fadenkreuz des palästinensischen Terrorismus geraten. Die Anschläge der Abu Nidal Organisation (ANO) richteten sich gegen die guten Kontakte zwischen Kreisky und PLO-Führer Jassir Arafat. Abwechselnd vom Irak, Syrien und Libyen unterstützt, trachtete die ANO danach, die als zu kompromissbereit empfundene PLO-Führung zu schwächen und westliche „Einmischung“ in den Nahostkonflikt mit Terror abzuschrecken. Österreich wurde in diesem Zusammenhang mehrmals getroffen: 1981 starb der Wiener Stadtrat Heinz Nittel bei einem Mordanschlag, im selben Jahr gab es zwei Todesopfer bei einem Attentat auf die Wiener Synagoge. Dabei wurden mehrere ANO-Mitglieder in Haft genommen, woraufhin die Terrorgruppe Drohungen gegen Österreich ausstieß. „Es ist vor allem um Anschläge gegen die Zivilluftfahrt gegangen“, konkretisiert Pechter, der im Oktober 1981 zu einer Besprechung bei Ministerialrat Hermann geladen wurde: „Bei diesem Treffen ist mit den Austrian Airlines eine Flugbegleitung durch das Einsatzkommando vereinbart worden. Nach der Besprechung ist Dr. Hermann mit mir im Aufzug gefahren und hat gesagt: ‚Des is a Hokn für eich.‘“ Wieder zurück in der Dienststelle telefonierte Pechter umgehend mit Brigadegeneral Dr. Léon Borer von den Schweizer Spezialkräften, die damals schon die Flüge der Swiss Air begleiteten: „Ich habe um entsprechende Unterlagen gebeten,

und innerhalb von wenigen Tagen wurden diese zur Verfügung gestellt. So konnten wir bereits am 23. November 1981 die erste Flugbegleitung nach Beirut und Damaskus durchführen. Zuerst handelte es sich in erster Linie um Flüge in den Nahen Osten, danach generell. Zehn Beamte wurden dafür täglich eingesetzt.“<sup>141</sup> Dass bislang noch kein AUA-Flug entführt wurde, sei auch dieser „unauffälligen, aber massiven Prävention“ zuzuschreiben – so der Experte Wolfdieter Hufnagl.<sup>142</sup>

Die „Feuertaufe“ sollte das GEK nicht im Einsatz gegen Terroristen erleben<sup>143</sup>: Am 16. Juni 1980 hatte der 35jährige jugoslawische Gastarbeiter Josef Kis-Lukac, bewaffnet mit einer vollautomatischen Schrotflinte, in der Ordination eines Hautarztes in der Grazer Annenstraße 23 Geiseln genommen.<sup>144</sup> Laut Pechter übernahm das GEK von der Polizei schließlich die Sicherung im Stiegenhaus: „Der Herr Innenminister hat mit dem Geiselnnehmer persönlich verhandelt und ihm zugesichert, dass kein Einschreiten von Seiten der Exekutive erfolgen wird. Dann hat sich nach 20 Stunden ein Schuss gelöst. Das war für unsere Beamten das Zeichen, in die Ordination einzudringen.“<sup>145</sup> Der Geiselnnehmer wurde erschossen, die festgehaltenen Geiseln unverletzt befreit – nur eine Arztgehilfin hatte einen Streifschuss am Bein erlitten.<sup>146</sup> Die Reaktion der örtlichen Polizisten war zynisch, wie sich Pechter erinnert: „„Erschießen hätten wir ihn auch können!“ Aber der Herr Minister war zufrieden, der Herr Generaldirektor und die Staatsanwaltschaft waren zufrieden.“<sup>147</sup> Zu weiteren spektakulären Einsätzen des GEK zählen die Beendigung einer Geiselnahme in der Justizstrafanstalt Stein am 14. November 1996 und die Überwältigung eines Entführers an Bord eines Aeroflot-Flugs nach Lagos am 17. Oktober 1996.<sup>148</sup> Außergewöhnlich waren auch die Begleitschutzmaßnahmen im Rahmen der Aktion „Österreich grüßt Moskau“: Im Dezember 1990 eskortierten 29 uniformierte und bewaffnete GEK-Beamte einen Konvoi mit 360 Tonnen Lebensmitteln in die russische Hauptstadt – zu einem Zeitpunkt, als sich der gesamte Ostblock im politischen Umbruch befand.<sup>149</sup>

In den 1980er Jahren hatten die Innenminister Karl Blecha und Franz Löschnak den Ausbau des GEK vorangetrieben. Das Personal wurde weiter aufgestockt: Von 142 Beamten (1980) auf 160 (1990). 1985 stellte man die ersten Weichen für die Errichtung einer modernen Ausbildungs- und Einsatzzentrale in einem Föhrenwald neben dem Wiener Neustädter

Flugplatz. Das 650 Millionen Schilling teure Projekt wurde 1992 nach einer Bauzeit von zwei Jahren fertiggestellt.<sup>150</sup> Wie Pechter betont, war der politische Wille, in das GEK zu investieren, in den 1980er Jahren überhaupt „sehr stark“: „Die Entscheidung, mehr zu tun, wurde auch durch den damaligen palästinensischen Terrorismus beschleunigt. 1988 haben wir einen Vergleichswettkampf abgehalten, und da hat sich folgende Situation ergeben: Der Minister Blecha wollte unbedingt beim letzten Bewerb dabei sein und wurde vom Parlament mit Blaulichtbegleitung nach Schönau gefahren. Er ist gerade rechtzeitig angekommen und ist dann eine Strecke der Hindernisbahn mit dem Sieger mitgelaufen. So begeistert war Blecha. Sein Nachfolger Löschnak war mit dem Neubau des GEK-Hauptquartiers nicht ganz glücklich, aber Bundeskanzler Franz Vranitzky hat das Projekt vom Beginn an voll unterstützt.“<sup>151</sup>



Moderner EKO-Cobra-Polizist bei einer Einsatzübung. Quelle: Wikimedia.commons.

Die letzte große Umwälzung brachte die 2002 gestartete Polizeireform: Im Rahmen dieses grundlegenden Umbaus des Sicherheitsapparats wurden die bis dahin bestehenden 23 unterschiedlichen Sondereinheiten neu organisiert – das GEK, die mobilen Sondereinsatzkommandos der Bundespolizeidirektionen (MEK), die Sondereinsatzgruppen des Landesgendarmeriekommandos (SEG) und die Einsatzeinheiten

der Gendarmerie (EE) wurden unter der nunmehr offiziellen Bezeichnung Einsatzkommando Cobra (EKO-Cobra) verschmolzen.<sup>152</sup> Von fünf strategischen Standorten (Wiener Neustadt, Wien, Graz, Linz und Innsbruck) sowie von operativen Außenstellen (in Kärnten, Salzburg und Vorarlberg) aus, konnte bei einem Einsatz nunmehr jeder Punkt in Österreich innerhalb von 70 Minuten erreicht werden.<sup>153</sup> Darüber hinaus wurde mit 1. April 2013 eine eigene „Polizeidirektion für Sondereinheiten“ im Cobra-Hauptquartier eingerichtet, um so Observationseinheiten, Entschärfungsdienst, operativen Personenschutz und Observationstechnik zu bündeln.<sup>154</sup>

## FAZIT

Verglichen mit vielen anderen Staaten erscheint Österreich bei der Aufstellung von Sondereinheiten als ein Vorreiter: Der Kern des heutigen EKO-Cobra, das GK Bad Vöslau, wurde bereits 1973 formiert, während viele andere westliche Staaten erst Ende der 1970er Jahre folgten. Allerdings waren das GK Bad Vöslau und später das Gendarmeriebegleitkommando Wien lediglich für den Schutz osteuropäischer Emigranten und zweitweise für Sicherungsaufgaben auf dem Wiener Flughafen zuständig. Erst infolge der Bedrohung durch den Linksextremismus und der Sorge vor einem Überschwappen nach Österreich begann 1977 der Aufbauprozess einer hochprofessionellen Spezialeinheit für Antiterrorereinsätze. Der historische Rückblick zeigt, dass diese Entwicklung anfänglich keineswegs geradlinig verlief, sondern mit vielen Unsicherheiten verbunden war. Vor allem auf politischer Ebene pendelte der Zugang in Sachen Terrorismusbekämpfung jahrelang zwischen Phasen des offenen Alarmismus und Phasen der Negation des Problems hin und her. Erst die Palmers-Entführung und die Ereignisse des „deutschen Herbstes“ machten deutlich, dass das neutrale Österreich längst keine Insel der Seligen mehr war und mit einer entsprechenden Modernisierung des Sicherheitsapparats reagiert werden musste.<sup>155</sup> Dass Österreich heute mit dem EKO-Cobra über eine weltweit angesehene Antiterrorereinheit verfügt, ist der beste Beleg dafür, dass dieser Prozess erfolgreich verlaufen ist.

## ENDNOTEN

- <sup>1</sup> Internationaler Terrorismus ist laut dem deutschen Politikwissenschaftler Ulrich Schneckeneder dadurch gekennzeichnet, dass die Terroristen „bewusst die internationale (und zumeist insbesondere die westliche) Aufmerksamkeit erregen.“ Im Unterschied zum Terrorismus nationaler Spielart werde eine „Strategie der Internationalisierung“ genutzt, um partikuläre Forderungen auf die internationale Tagesordnung zu heben – und zwar durch Durchführung grenzüberschreitender Operationen, durch Kooperationen mit verschiedenen anderen Terrorgruppen und über die Etablierung von Auslandsstützpunkten. Ulrich Schneckeneder, *Transnationaler Terrorismus* (Frankfurt am Main 2006), 42-45.
- <sup>2</sup> „Nicht warten, sondern schießen, töten!“, in: Der Spiegel Nr. 11 (1975), 90-94.
- <sup>3</sup> Peter Harclerode, *Secret Soldiers. Special Forces in the War against Terrorism* (London 2000), 264-285.
- <sup>4</sup> Charlie Beckwith, Donald Knox, *Delta Force. The Army's Elite Counterterrorist Unit* (New York 2000), 112 [Übersetzung aus dem Englischen durch Thomas Riegler].
- <sup>5</sup> Wien: Alarm um geplante Attentate!, in: Kronen Zeitung, 8.9.1972.
- <sup>6</sup> Ferdinand Krenn, Österreich ein Fatahland?, in: Wochenpresse Nr. 37 (1972), 5.
- <sup>7</sup> Die Araber und Wien, in: Kronen Zeitung, 8.9.1972.
- <sup>8</sup> Araber-Hysterie in Österreich: „20 interessante Fälle“, in: profil Nr. 10 (1972), 66-69.
- <sup>9</sup> Hermann Stöger, Menschen wie wir alle, in: Kurier, 9.9.1972.
- <sup>10</sup> Matthias Dahlke, *Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972-1975* (München 2011), 191.
- <sup>11</sup> Herr, öffne das Herz Österreichs, in: Der Spiegel Nr. 41 (1973), 118-122.
- <sup>12</sup> Oswald Peterlunger war Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit vom 1. Juli 1969 bis 31. Dezember 1975.
- <sup>13</sup> Information für den Herrn Bundesminister, 5.11.1973. Österreichisches Staatsarchiv Wien (künftig: ÖStA), Archiv der Republik (künftig: AdR), BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>14</sup> Palästinensische Volksbefreiungsfront, Aufenthalt von Mitgliedern in Wien; fernmündliche Mitteilung, Aktenvermerk, 4.6.1972. Ibid.
- <sup>15</sup> Erich Kuby, Auf dem Weg ins gelobte Land, in: Stern Nr. 42 (1973), 29-34, 216-218, hier 31.
- <sup>16</sup> Schloss Schönau/Triesting; Erhebungsergebnis, 5.10.1973. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>17</sup> Information für den Herrn Bundesminister, 5.11.1973. Ibid.
- <sup>18</sup> Bruno Kreisky (1911-1990) war von 1970 bis 1983 Bundeskanzler der Republik Österreich.
- <sup>19</sup> Es handelte sich um Abba Ebban (1915-2002).
- <sup>20</sup> Kuby, Auf dem Weg, 31.
- <sup>21</sup> Information für den Herrn Bundesminister, 5.11.1973. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>22</sup> Bruno Kreisky, Ein Führer, der keiner werden wollte, in: profil Nr. 46 (1983), 38-44.
- <sup>23</sup> Herr, öffne das Herz Österreichs, in: Der Spiegel Nr. 41 (1973), 118-122.
- <sup>24</sup> Zusammenstellung der Abteilung 17 des Bundesministeriums für Inneres (künftig: BMfi), undatiert. Stiftung Bruno Kreisky Archiv Wien (künftig: StBKA), Box Schönau I.
- <sup>25</sup> Interview mit Oberst i. R. Kurt Werle, 9.2.2013.
- <sup>26</sup> Palästinensische Volksbefreiungsfront, Aufenthalt von Mitgliedern in Wien; fernmündliche Mitteilung, Aktenvermerk, 4.6.1972. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>27</sup> Seit 1956 bestehende Nachtschnellzugverbindung zwischen Moskau und Wien.
- <sup>28</sup> Israel-Einwanderer; Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen, 6.6.1972. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>29</sup> Transporte der Israelauswanderer, Aktenvermerk, 6.11.1973. Ibid.
- <sup>30</sup> Kuby, Auf dem Weg, 31.
- <sup>31</sup> Polizeieskorte für Ostjuden, in: Die Presse, 10./11.6.1972.
- <sup>32</sup> Schoss Schönau/Triesting; Erhebungsergebnis, 5.10.1973. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>33</sup> Information des Bundesministeriums für Inneres, 1.10.1973. StBKA, Box Schönau I.
- <sup>34</sup> Herr, öffne das Herz Österreichs, in: Der Spiegel Nr. 41 (1973), 118-122.
- <sup>35</sup> Colin Smith, *Carlos. Portrait of a Terrorist* (London 1976), 138.
- <sup>36</sup> Bruno Kreisky, *Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil* (Wien 1988), 322.
- <sup>37</sup> Interview mit General i. R. Johannes Pechter, 26.1.2013.
- <sup>38</sup> Kalendarium von General i. R. Pechter, Kopie im Besitz des Autors.
- <sup>39</sup> Erich Schönauer, Hans Peter Hasenöhr, Anrufer drohte mit Attentaten gegen Araber, in: Kronen Zeitung, 7.9.1972.
- <sup>40</sup> Schloss Schönau/Triesting; Erhebungsergebnis, 5.10.1973. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>41</sup> Sicherheitsvorkehrungen für die israel. Durchwanderer und israel. Luftfahrzeuge, 1.3.1973. Ibid.
- <sup>42</sup> Hierbei handelte es sich um einen terroristischen Arm der Fatah von Jassir Arafat, der 1971 zum ersten Mal in Erscheinung trat. Bekanntheit erlangte die Organisation durch die Münchner Geiselnahme 1972.
- <sup>43</sup> Thomas Riegler, Das Spinnennetz des Internationalen Terrorismus. Der „Schwarze September“ und die gescheiterte Geiselnahme von Schönau 1973, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), 579-601.
- <sup>44</sup> Dokument ohne Titel, 25.3.1973. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>45</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>46</sup> Interview Werle, 9.2.2013.
- <sup>47</sup> Schloss Schönau/Triesting; Erhebungsergebnis, 5.10.1973. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>48</sup> Johannes Pechter, *20 Jahre Gendarmereieinsatzkommando. Im Dienste der Sicherheit Österreichs* (Wien 1997), 153.
- <sup>49</sup> Ibid., 151.
- <sup>50</sup> Interview Werle, 9.2.2013.
- <sup>51</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>52</sup> Sicherungskommando der Gendarmerie für jüdische Auswanderer und israelische Einrichtungen; Aktivierung, 15.3.1973. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>53</sup> Interview Werle, 9.2.2013.

- <sup>54</sup> Wie giftig ist unsere „Cobra“?, in: Kurier, 23.10.1977.
- <sup>55</sup> Interview Werle, 9.2.2013.
- <sup>56</sup> Wolfdieter Hufnagl, *Cobra. Das Gendarmerie-Einsatzkommando GEK* (Stuttgart 2002), 24.
- <sup>57</sup> Mit Aktion Kobra gegen den Terror, in: Kronen Zeitung, 6.6.1973.
- <sup>58</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>59</sup> „Skorpion“ wacht, in: Kurier, 2.10.1973.
- <sup>60</sup> Golda Meir, *Mein Leben* (Hamburg 1975), 440.
- <sup>61</sup> Dem deutschen Journalisten Wilhelm Dietl zufolge explodierte am 17. Juni 1973 ein mit einer Spezialbombe präparierter Mercedes in Jerusalem – „just in dem Moment“ als zwei Mitglieder des Schwarzen Septembers mit dem Fahrzeug nach Schönau aufbrechen wollten. Ein Mossad-Team habe sichergestellt, „dass die geballte Ladung lange vor ihrem Ziel in die Luft fliegt“. Vgl. Wilhelm Dietl, *Die Agentin des Mossad. Operation Roter Prinz* (Düsseldorf-Wien 1993), 173f.
- <sup>62</sup> Depesche Österreichische Botschaft Beirut an Außenamt Wien, 4.9.1973. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>63</sup> Aktenvermerk Abteilung 17, 5.9.1973. Ibid.
- <sup>64</sup> Aktenvermerk Abteilung I, 6.9.1973. Ibid.
- <sup>65</sup> Information Hauptabteilung IX/2, 1.10.1973. Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU) Berlin, MfS Allg. P. 7064/78, Bl. 21f.
- <sup>66</sup> Mitte Februar 1973 hatte sich die ÖBB-Generaldirektion bezüglich der Sicherung des Chopin-Express erkundigt – das Bundesministerium für Inneres teilte mit, dass eine Begleitung „nicht möglich“ sei – der Zug halte in Hohenau, wo Gendarmerieorgane vor Ort seien „und dann fahre der Zug bis Wien durch, sodaß weitere Maßnahmen nicht vorgesehen sind“. Aktenvermerk Sicherung der Eisenbahnzüge P 2516 und Chopin-Expresß, 13.2.1973. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>67</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>68</sup> Bericht Terroranschlag in Wien, 1.10.1973. Schweizerisches Bundesarchiv Bern, Dossier Arabische Terroristen Genf-Wien/M-Z/ (50)/41/420/D, 1973-1973.
- <sup>69</sup> Kreisky, *Im Strom*, 323f.
- <sup>70</sup> Wolfgang Petritsch, *Bruno Kreisky. Die Biografie* (St. Pölten-Salzburg 2010), 220.
- <sup>71</sup> Tom Segev, *Simon Wiesenthal. Die Biografie* (München 2012), 336.
- <sup>72</sup> Kuby, Auf dem Weg, 216.
- <sup>73</sup> Robert Danzinger war Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit vom 1. Januar 1976 bis 14. Oktober 1990.
- <sup>74</sup> Information für den Herrn Bundesminister, 30.11.1976. StBKA, VII.4 Nahost, Box 14.
- <sup>75</sup> Gedächtnisprotokoll, BMI, Abteilung 17, 27.8.1974. ÖStA/AdR, BMI II/C 43.103 II/7/79.
- <sup>76</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>77</sup> Forschungsprojekt „Österreichs Rolle bei der jüdischen Zuwanderung aus der Sowjetunion“, <http://www.zukunftsfonds-austria.at/index.php?i=6&k=P08-0422>.
- <sup>78</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>79</sup> Pechter, *20 Jahre*, 153.
- <sup>80</sup> Presseaussendung der Sozialistischen Korrespondenz, 3.9.1975.
- <sup>81</sup> Hans Joachim Klein, *Rückkehr in die Menschlichkeit. Apell eines ausgestiegenen Terroristen* (Reinbek bei Hamburg 1979), 68f.
- <sup>82</sup> Anti-Terror-Truppe steht bereit..., in: Kronen Zeitung, 15.9.1977.
- <sup>83</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>84</sup> Richard Benda, Ingrid Gabriel, *Terror – rot, weiss, rot* (Zürich 1989), 139f.
- <sup>85</sup> Alfred Pulletz, 45.000 Steckbriefe der Terroristen wurden in ganz Österreich verteilt!, in: Kronen Zeitung, 24.10.1977.
- <sup>86</sup> Erwin Lanc (geboren 1930) war von 1973 bis 1977 Bundesminister für Verkehr, von 1977 bis 1983 Bundesminister für Inneres, danach bis 1984 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.
- <sup>87</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 12.9.1977 (Rechtschreibfehler im Original korrigiert).
- <sup>88</sup> Ibid., Eintrag vom 17.10.1977.
- <sup>89</sup> Kreisky: Auch Österreich ist gegen Terror gerüstet, in: Arbeiterzeitung, 22.10.1977.
- <sup>90</sup> Fritz Pesata, Auch Österreich auf hartem Kurs, in: Kurier, 22.10.1977.
- <sup>91</sup> Im Kampf mit dem Terror „zur Härte entschlossen“, in: profil Nr. 45 (1977), 20f.
- <sup>92</sup> Wie giftig ist unsere „Cobra“?, in: Kurier, 23.10.1977.
- <sup>93</sup> Interview Werle, 9.2.2013.
- <sup>94</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>95</sup> Erich Grolig, Alarm um Bundeskanzler Kreisky. RAF kündigt seine Hinrichtung an, in: Die Presse, 11.11.1977.
- <sup>96</sup> Anlässlich eines Staatsbesuchs des österreichischen Bundespräsidenten Adolf Schärf im Vatikan 1971 hatte Paul VI. bekundet, Österreich wäre „eine wahre Insel der Seligen“.
- <sup>97</sup> In den Niederlanden kam es 1975 und 1977 zu Geiselnahmen in Regionalzügen.
- <sup>98</sup> Peter Gnam, Dieter Kindermann, Kreisky warnt vor Ausschaltung der Exekutive, in: Kronen Zeitung, 15.11.1977.
- <sup>99</sup> Fall Palmers: Polizei war ganz mies ausgerüstet, in: Kurier, 17.11.1977.
- <sup>100</sup> Herbert Hegenbrath, Leben und sterben lassen, in: profil Nr. 2 (1977), 39-41, hier 41.
- <sup>101</sup> Interview mit Bundesminister a. D. Erwin Lanc, 16.10.2012.
- <sup>102</sup> Broda: Für Terrorbekämpfungen keine zusätzlichen Bestimmungen notwendig, in: Austria Presse Agentur, 24.9.1977.
- <sup>103</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 14.11.1977.
- <sup>104</sup> delautria berlin an aussenamt wien, 7.11.1977. StBKA, Verfassung, Staat. Regierung II/3, Box Nr. 25.
- <sup>105</sup> Erich Grolig, Alarm um Bundeskanzler Kreisky. RAF kündigt seine „Hinrichtung“ an: in: Die Presse, 11.11.1977.
- <sup>106</sup> Peter Gnam, Dieter Kindermann, Kreisky warnt vor Ausschaltung der Polizei, in: Kronen Zeitung, 15.11.1977.
- <sup>107</sup> Dieter Lenhardt, Hans Werner Scheidl, „Es wird unser schwierigstes Jahr...“, in: Die Presse, 22.12.1977.
- <sup>108</sup> Schreiben an den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Österreich, 24.5.1978. StBKA, Prominentenkorrespondenz, Box 25.
- <sup>109</sup> Aktenvermerk Abteilung I, 29.6.1978. Ibid.
- <sup>110</sup> Interview Lanc, 16.10.2012.

- <sup>111</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 14.11.1977.
- <sup>112</sup> Erwin Lanc bestätigt im Interview mit dem Verfasser, dass es „diese Ängste“ gegeben hat: „Aber es hat sich dann herausgestellt, dass die Verbindung zwischen Frau und Herrn Boock nicht mehr so eng war, dass er sich da aus persönlichen Motiven engagiert hätte“. Interview Lanc, 16.10.2012. Waltraud Boock wurde 1987 aus österreichischer Haft entlassen – sie hatte sich in der Zwischenzeit vom Terrorismus distanziert.
- <sup>113</sup> Gemeint sein dürften Waltraud Boock, Thomas Gratt, Othmar Keplinger.
- <sup>114</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 16.5.1978.
- <sup>115</sup> Thomas Riegler, *Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973-1985* (Göttingen 2011), 217.
- <sup>116</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 13.12.1977.
- <sup>117</sup> Spezialgruppe gegen Entführungen kommt, in: Arbeiterzeitung, 21.12.1977.
- <sup>118</sup> Mit Benya im Rücken, in: Stern Nr. 2 (1978), österreich-extra.
- <sup>119</sup> Lanc kündigt Anti-Terror-Polizei an, in: Kurier, 21.12.1977.
- <sup>120</sup> „Jetzt nicht die Nerven verlieren“, in: Stern Nr. 4 (1978), österreich-extra, 2b.
- <sup>121</sup> Richard Benda, Österreich – ein Land für Terroristen? Teil 2, in: Kriminalistik Nr. 6 (1980), 254-258, hier 257.
- <sup>122</sup> Heinz Vetschera, Counterterrorism in Austria: Experiences and Responses, in: Alex P. Schmid, Ronald Crelinsten (eds.), *Western responses to terrorism* (London 1993), 210-233, hier 228f.
- <sup>123</sup> Beispielsweise bestand das Unterrichts- und Kunstministeriums für den Wiener Opernball am 2. Februar 1978 auf „den bestmöglichen Schutz der Ballbesucher“. Der diesbezügliche Vortrag an den Ministerrat vom 9.12.1977 hielt erklärend fest: „Die Straftaten, die in letzter Zeit von Angehörigen der internationalen Terroristszene gesetzt worden sind, erfordern es, alle Maßnahmen zu setzen, die geeignet sind, die Besucher dieses Ereignisses zu schützen.“ ÖStA/AdR, BKA, Ministerratsprotokolle, Karton 433, Nr. 99-100, 13.12.1977 bis 20.12.1977.
- <sup>124</sup> StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 29.5.1978.
- <sup>125</sup> Interview Lanc, 16.10.2012.
- <sup>126</sup> Dieter Lenhardt, Hans Werner Scheidl, „Es wird unser schwierigstes Jahr...“, in: Die Presse, 22.12.1977.
- <sup>127</sup> Pechter, *20 Jahre*, 154.
- <sup>128</sup> Peter Zehrer, GEK „blühte“ im verborgenen. Die Antiterrortruppe ist gerüstet, in: Die Presse, 25./26.11.1977.
- <sup>129</sup> Pechter, *20 Jahre*, 155.
- <sup>130</sup> Interview Werle, 9.2.2013.
- <sup>131</sup> Hans Peter Hasenöhr, GSG-Ö einsatzbereit: Der Skorpion zeigte seinen Stachel, in: Kronen Zeitung, 25.11.1978.
- <sup>132</sup> Forcierte Ausbildung des Gendarmerieeinsatzkommandos, in: Austria Presse Agentur, 11.5.1978.
- <sup>133</sup> Interview Lanc, 16.10.2012.
- <sup>134</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>135</sup> Interview Werle, 9.2.2013.
- <sup>136</sup> ... des Todes, in: Basta Nr. 6 (1985), 22-28.
- <sup>137</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>138</sup> Gerhard Walter, Cobra, das Schwert der Republik, in: Krone Bunt, 26.9.1993.
- <sup>139</sup> Walter H. Rueb, „Kobra, übernehmen Sie“ – Österreichs Kampf gegen Terror, in: Die Welt, 26.3.1986.
- <sup>140</sup> Interview Werle, 9.2.2013.
- <sup>141</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>142</sup> Hufnagl, *Cobra*, 135.
- <sup>143</sup> Bereits im Juni 1973 hatte das GK Bad Vöslau an der Fahndung nach dem Amokläufer Ernst Dostal im Wienerwald teilgenommen – dieser beging in seinem Unterschlupf Selbstmord. Vgl. Pechter, *20 Jahre*, 151.
- <sup>144</sup> „Ich hab’ fürchterlich Angst“, in: profil Nr. 26 (1980), 44.
- <sup>145</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>146</sup> ... des Todes, in: Basta Nr. 6 (1985), 22-28.
- <sup>147</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>148</sup> Hufnagl, *Cobra*, 137.
- <sup>149</sup> Die Bundesgendarmerie. Sondernummer – GEK: Aktion Österreich grüßt Moskau.
- <sup>150</sup> Hufnagl, *Cobra*, 39f.
- <sup>151</sup> Interview Pechter, 26.1.2013.
- <sup>152</sup> Sören Sünkler, *Polizei Sondereinheiten. Internationale Antiterrorerheiten und Spezialeinsatzkommandos* (Stuttgart 2010), 24.
- <sup>153</sup> „Zugriff erfolgreich“, in: Öffentliche Sicherheit Nr. 2.4 (2005), 9-13, hier 10.
- <sup>154</sup> Neue Polizeidirektion für Sondereinheiten, www.orf.at, 18.2.2013, <http://noe.orf.at/news/stories/2572061/>.
- <sup>155</sup> Vgl. hierzu auch Thomas Riegler, Ein österreichischer Weg: Die Reaktion auf den internationalen Terrorismus der 1970er und 80er Jahre, in: Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies 6, Nr. 1 (2012), 139-157.